

Prioritäten richtig setzen:

ödp+Freie Wähler
Landeshauptstadt Mainz

Gemeinsames Wahlprogramm

der offenen Liste

der Ökologisch-Demokratischen

Partei (ödp)

und

der Freien Wählergemeinschaft

Mainz e.V. (Freie Wähler)

zur Kommunalwahl

am 07. Juni 2009 in Mainz

Inhaltsverzeichnis

GRUNDSATZERKLÄRUNG FÜR DIE JAHRE 2009-2014: UNSER STANDORT – NACHHALTIGKEIT, VERANTWORTUNG UND GEMEINSINN	3
A PRIORITÄTEN RICHTIG SETZEN FÜR EINEN NEUANFANG IN DER STADTPOLITIK.....	4
1. STÄDTISCHE FINANZPOLITIK.....	4
2. MEHR DEMOKRATIE UND BÜRGERNÄHE.....	6
B PRIORITÄTEN RICHTIG SETZEN FÜR DEN WIRTSCHAFTSSTANDORT UND DIE STADTENTWICKLUNG IN MAINZ.....	8
1. GEWERBEANSIEDLUNG	8
2. STADTPLANUNG.....	9
3. GRÜNPLANUNG.....	11
4. KULTURELLES LEBEN IN MAINZ.....	11
C PRIORITÄTEN RICHTIG SETZEN FÜR ENERGIE, UMWELT UND VERKEHR.....	12
1. ENERGIE- UND ABFALLPOLITIK	12
2. UMWELT – NATURSCHUTZ – LANDWIRTSCHAFT.....	15
3. VERKEHRSPOLITIK	16
D PRIORITÄTEN RICHTIG SETZEN FÜR SOZIALES UND BILDUNG	19
1. SCHUL- UND BILDUNGSPOLITIK.....	19
2. FAMILIEN – KINDER – JUGEND – SENIOREN	23
3. UNIVERSITÄT.....	25
4. OFFENSIVE FÜR SOZIALHILFE- UND HARTZ-IV-EMPFÄNGER, GERINGVERDIENER, LANGZEITARBEITSLOSE UND AUSZUBILDENDE.....	25
E PRIORITÄTEN RICHTIG SETZEN FÜR EIN LEBENSWERTES MAINZ.....	27
1. SPORT UND GESUNDHEIT	27
2. SICHERHEIT UND SAUBERKEIT	29
3. KOMMUNALE TIERSCHUTZARBEIT.....	30

**Grundsatzerklärung für die Jahre 2009-2014:
Unser Standort –
Nachhaltigkeit, Verantwortung und Gemeinsinn**

Die Ökologisch-Demokratische Partei (ödp) und die Freie Wählergemeinschaft Mainz e.V. haben sich für die Mainzer Kommunalwahl am 7. Juni 2009 erneut zu einer Kooperation zusammengeschlossen. Anders als noch zur Kommunalwahl 2004 ist die angestrebte Zusammenarbeit in keiner Weise mehr Zahlenspielen geschuldet. Denn inzwischen ist die 3,03 %-Hürde weggefallen, die noch 2004 übersprungen werden musste, damit wir als Fraktionsgruppe ödp/Freie Wähler mit den beiden Stadträten Dr. Claudius Moseler (ödp) und Herbert Egner (Freie Wähler) in den Stadtrat einziehen konnten. Die ödp ist darüber hinaus bereits in den Ortsbeiräten von Hartenberg/Münchfeld, Finthen, Hechtsheim, Laubenheim, Lerchenberg, Marienborn und Weisenau vertreten und macht auch dort erfolgreiche Kommunalpolitik.

Inhaltliche Gemeinsamkeiten und gleiche Ziele haben uns dazu bewogen, auch zur kommenden Kommunalwahl wieder mit gemeinsamen Kandidaten und mit vereinten Kräften anzutreten. Die große Koalition von SPD, CDU und FDP, das alte Mainzer Modell, hatte bereits in dieser Wahlperiode ausgedient. Die als Schein-Opposition relativ harmlosen Bündnisgrünen sind auf der anderen Seite für viele Bürgerinnen und Bürger keine Alternative mehr. Falsche Prioritätensetzungen angesichts einer millionenschweren Verschuldung unserer Stadt, zu viele Prestigeobjekte, zu wenig Demokratie und Transparenz, zu wenig Naturschutz und ein schwaches Bild dieser Parteien auf Bundesebene verlangen geradezu nach Alternativen.

Gemeinsamkeit macht stark: ödp, Freie Wähler sowie parteilose Bürgerinnen und Bürger streben erneut zusammen den Einzug in den Mainzer Stadtrat und die Ortsbeiräte an, um eine bürgernahe, mittelstandsfreundliche, bildungsfördernde, ökologische und soziale Politik mit den richtigen Prioritäten für alle Mainzerinnen und Mainzer durchzusetzen. Wir sind als konstruktive Opposition im Stadtrat und in den Ortsbeiräten angekommen und zielen auf weitere Sitze.

Die auf den nächsten Seiten folgenden Themen sind uns in Mainz wichtig und positionieren uns klar an der Seite der Bürgerinnen und Bürger. ödp/Freie Wähler haben bereits in der jetzigen Wahlperiode als direkte Partner der Bürgerinnen und Bürger im Stadtrat Akzente gesetzt. Das wollen wir auch in Zukunft tun.

Wir bitten Sie daher um Ihre Unterstützung bei der Kommunalwahl am 7. Juni 2009 für unsere Stadtrats-, Ortsbeirats- und Ortsvorsteherkandidatinnen und -kandidaten. Der Mainzer Stadtrat braucht weiterhin frischen Wind. Wir stehen für Ehrlichkeit, Umweltschutz, Verantwortung und Gemeinsinn.

Dr. Claudius Moseler
ödp Mainz

Herbert Egner
Freie Wähler Mainz



A Prioritäten richtig setzen für einen Neuanfang in der Stadtpolitik

1. Städtische Finanzpolitik

Die Stadt Mainz hat über eine halbe Milliarde Euro Schulden. Nicht berücksichtigt sind die Verbindlichkeiten der stadtnahen Gesellschaften, die den Schuldenberg auf über eine Milliarde Euro anwachsen lassen. Die daraus resultierenden Risiken belasten die Handlungsfähigkeit der Stadt Mainz und führen letztlich zu Rückschritten. Mainz bettelt inzwischen um Unterstützung durch das Land und den Bund.

Der aufgelaufene Schuldenberg wird im Wesentlichen durch Kassenkredite überbrückt, also kurzfristige Kreditaufnahmen, für die kein ausreichender Tilgungsplan existiert. Der Schuldenberg wird sich auf Beschluss der schuldentragenden Fraktionen CDU, SPD und FDP im Jahr 2009 noch erhöhen. Das im gegenwärtigen Haushaltsplan ausgewiesene Defizit beträgt über 80 Millionen Euro. Die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise lässt eine noch höhere Neuverschuldung erwarten. Solide Finanzplanung sieht anders aus.

Die Geldverschwendung der öffentlichen Hand muss sofort gestoppt werden. Die regelmäßige jährliche Neukreditaufnahme ist nicht mehr verantwortbar. Für Schulen, Kindergärten und Sportanlagen ist kaum noch Geld da. Nur über Sondermaßnahmen des Bundes oder des Landes wie das Konjunkturpaket II erschließen sich neue Finanzierungsquellen. Gleichwohl setzen sich viele Mainzer Kommunalpolitiker „Denkmäler“ wie z. B. bei der Sanierung des Staatstheaters, der Rheingoldhalle oder beim Neubau des Fußballstadions. Die Stadtwerke Mainz, deren Anteile zu 100 % von der Stadt Mainz gehalten werden, wollen ihr Defizit in einigen Bereichen durch Gewinne ausgleichen. Diese erhoffen sie sich über die extrem riskante, ja abenteuerliche Investition in Milliardenhöhe der KMW in das geplante Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue. Hier besteht nicht zuletzt durch zu befürchtende Preissteigerungen bei Kohle und CO₂-Zertifikaten definitiv die Gefahr, dass die Stadtwerke Mainz in den Ruin getrieben werden und die Stadt Mainz am Ende für alljährliche Verluste in bis zu dreistelliger Millionenhöhe geradestehen muss. Großprojekte zur Stadtentwicklung wie die Neugestaltung des Zollhafens und des Winterhafens werden den stadtnahen Gesellschaften zusätzlich aufgebürdet, anstatt hier verstärkt auf eine Projektentwicklung durch private Investoren zu setzen, wie dies in anderen Kommunen seit Jahren erfolgreich praktiziert wird.

Etliche der von uns geforderten Maßnahmen benötigen zusätzliche Gelder. Aber wie viele Kommunen ist auch die Stadt Mainz hoch verschuldet, und viele Investitionen können nur noch über Kredite und Zuweisungen durch das Land finanziert werden. Durch die Finanzkrise werden die Gewerbesteuereinnahmen massiv einbrechen. Eine Anhebung des im Vergleich zum Landesdurchschnitt bereits hohen Gewerbesteuerhebesatzes von 400 % auf 440 % könnte hier zwar etwas Erleichterung schaffen, wäre aber für Wirtschaftsansiedlungen kontraproduktiv. Es gibt also so gut wie keine Möglichkeiten zur Erhöhung der Einnahmen. Steuer- und Abgabensenkungen sind zu prüfen, um dadurch mehr Wirtschaftsansiedlungen und mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Die Erhöhung der Grundsteuer B wird abgelehnt.

Daher ist es dringend notwendig, konsequent alle Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen. Die vollständige Tilgung der Schulden wird sich in den nächsten Jahrzehnten nicht realisieren lassen. Aber wenn zumindest die Sünde der alljährlichen Neuverschuldung vermieden und wenigstens ein noch so kleiner Überschuss erzielt werden könnte, so wäre bereits viel gewonnen. Stadtnahe Gesellschaften sind gründlichen Restrukturierungen und Reorganisationen zu unterziehen. Das Beispiel der hochverschuldeten Wohnbau zeigt leider, dass stadtnahe Gesellschaften kaum zur Sanierung des Haushaltes beitragen können. Die Finanzkontrolle dieser Gesellschaften durch Aufsichtsräte und die Stadt hat in der Vergangenheit versagt. Die Umwandlung der Stadtwerke AG und KMW AG in eine GmbH würde das städtische Risiko insofern verringern.

Freilich ist die Stadt nicht alleine an der Finanzmisere schuld, sondern auch Bund und Länder, die immer mehr Ausgaben u. a. im Sozialbereich auf die Kommunen verlagern. Daher fordern ödp/Freie Wähler die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips: „Wer bestellt, bezahlt.“ Die Stadt Mainz muss vehement darauf dringen, dass der Landeshauptstadtzuschuss sich stärker an den Leistungen des Oberzentrums Mainz orientiert. Wegen des hohen Defizits muss sich die Stadt größere Projekte derzeit von der ADD Trier genehmigen lassen. Daher haben die Mainzer Kommunalpolitiker kaum noch Handlungsspielraum. Unser Ziel ist es, sich innerhalb der nächsten Jahre aus dieser Abhängigkeit zu lösen.

Die ödp/Freie Wähler halten Einsparmaßnahmen in folgenden Bereichen für dringend geboten:

- Die Finanzierung unnötiger Prestigeobjekte wie z. B. der Neubau des Fußballstadions in Bretzenheim (anstatt Erweiterung des beliebten Bruchwegstadions) ist unverantwortlich und hat daher zu unterbleiben. Auch die Finanzierung von Großprojekten (wie z. B. der Umbau der Markthäuser und die Stadtentwicklungen am Südbahnhof, am Winterhafen und am Zoll- und Binnenhafen) dürfen die politischen Entscheidungsträger den stadtnahen Gesellschaften nicht mehr aufzwingen. Der bisher mühsam verhinderte Konkurs der Wohnbau führt dies plastisch vor Augen. Vielmehr sind hier private Projektentwickler und Investoren einzubeziehen, deren Aktivitäten durch zielführende städtische Auflagen hinreichend beeinflusst werden können.
- Städtische und stadtnahe Unternehmensprojekte sind wirtschaftlich umzusetzen und zu planen. Hinsichtlich Entscheidungsprozessen müssen Wirtschaftlichkeitsrechnungen vorgeschaltet werden. Lediglich bei nachgewiesener dauerhaft steigender Rentabilität in den Projekten darf die Freigabe zur Durchführung eines Projekts erteilt werden. Ziel ist, daraus gesicherte positive Erträge zu erwirtschaften, die zum Schuldenabbau im Haushalt der Stadt führen. In den Projekten ist permanent effektives Controlling erforderlich.
- Der Betrieb des Staatstheaters entwickelt sich immer mehr zu einem schwarzen Loch für die städtischen Finanzen. Anstatt den bislang auf 10 Millionen Euro gedeckelten städtischen Zuschuss sukzessive herunterzufahren (das Land steuert übrigens einen ebenso hohen Zuschuss bei), haben die haushaltstragenden Fraktionen kürzlich beschlossen, den Deckel aufzuheben. Dadurch sieht das Staatstheater keine Veranlassung, Kosten zu reduzieren. Diese Entwicklung wollen wir umkehren.
- ödp/Freie Wähler setzen sich für eine Begrenzung der Anzahl der Dezernentenstellen (Beigeordnete) auf maximal vier ein. Ferner ist die Besoldung von Amtsleiterstellen auf maximal Besoldungsgruppe A 15 zu de-

ckeln. Die Ausgaben für Dienstfahrzeuge lassen sich durch die Wahl kostengünstigerer und verbrauchsärmerer Modelle reduzieren.

- Straffung der Unternehmensstrukturen bei den stadtnahen Gesellschaften durch Fusion von Gesellschaften mit ähnlichen Aufgabenbereichen (z. B. Wohnbau, Mainzer Aufbaugesellschaft, GVG). Überprüfung der Vergütungen und Gehaltsstrukturen von Vorständen und Aufsichtsräten in den stadtnahen Gesellschaften. Rückführung hierzu prädestinierter Geschäftsbereiche in die kommunale Verwaltung.
- Die Energiekosten bei den städtischen Gebäuden sind durch gezielte Investitionen in Dämmung, Solarthermie, Erdwärme und Photovoltaik systematisch zu reduzieren. Bei der Finanzierung könnten die Stadtwerke Mainz im Rahmen ihres angeblich geplanten Investitionsrahmens in erneuerbare Energien einbezogen werden.
- Es wird dringend ein unabhängiges Kosten-Controlling für den Haushalt der Verwaltung benötigt. So gewinnt man einen vorurteils- und ideologiefreien Blick auf diejenigen Einsparpotentiale, die genutzt werden müssen, um das „strukturelle Defizit“, also die sich aus dem täglichen Betrieb ergebende alljährliche Neuverschuldung, ausmerzen zu können.
- Der Personalbestand in der Verwaltung ist zu optimieren: Durch Zusammenlegung von Aufgabenbereichen wird Personal eingespart. Dieses kann den am höchsten belasteten Ämtern zugute kommen. Weitere Synergieeffekte entstehen durch die Zusammenarbeit mit angrenzenden Kommunen.
- Den Ortsteilen ist im Rahmen des städtischen Haushaltes ein substantieller eigener Verfügungsrahmen zu gewähren (Zuweisung entsprechend der Einwohnerzahl). Denn vor Ort können viele Entscheidungen effizienter getroffen werden.

ödp/Freie Wähler halten ihre Prioritäten für die Ausgabenseite klein, da der finanzielle Spielraum der Stadt knapp bemessen ist. Allerdings haben Investitionen im sozialen Bereich bei uns einen hohen Stellenwert. Wir investieren gerne in Kinderkrippen, Kindergärten und Kindertagesstätten, Schulen, Sporteinrichtungen, öffentliche Büchereien, eine kinder- und jugendgerechte Stadt, Kulturinitiativen und andere Vereine, das Naturhistorische Museum, die PCK-Studienabteilung, den Erhalt des Wildparks in Gonsenheim. Hierbei gibt es oftmals intelligente Lösungen, wie der von ödp/Freien Wählern herbeigeführte und für die Stadt kostengünstige Erhalt des Mombacher Schwimmbades gezeigt hat.

2. Mehr Demokratie und Bürgernähe

Die Demokratie leidet derzeit unter:

- politischen Entscheidungen gegen die betroffenen Bürgerinnen und Bürger,
- Politikerinnen und Politikern, die den Staat als Selbstbedienungsladen ansehen,
- dem Ausschluss der Bevölkerung oder demokratischer Minderheiten an der politischen Mitbestimmung,
- politischem Filz auf allen Ebenen und
- der daraus resultierenden Parteien- sowie Politikerverdrossenheit.

ödp/Freie Wähler sind aber der Auffassung, dass Politik für alle Menschen ein Betätigungsfeld für eine solidarische Zukunft sein muss. Dazu bedarf es der richtigen Leute und der richtigen Ziele. Dann werden auch wieder mehr Menschen aktiv, ergreifen „Partei“ und mischen sich ein. Wir begrüßen daher die Möglichkeiten

von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden auf kommunaler Ebene in Rheinland-Pfalz. Allerdings kritisieren wir, dass Abstimmungen über Bauleitpläne oder Planfeststellungsverfahren (z. B. im Straßenbau) nicht möglich sind und beispielsweise in Mainz für ein Bürgerbegehren 12.000 Menschen vor einem Bürgerentscheid unterschreiben müssen. Eine Hürde ist freilich erforderlich, aber sie ist unangemessen hoch.

Mehr Demokratie und Transparenz für Mainz heißt:

- Klare Verwaltungsabläufe und öffentliche Sitzungen des Stadtvorstandes sowie der Aufsichtsratsgremien der stadtnahen Gesellschaften schaffen mehr Transparenz in der Kommunalpolitik. Verwaltungsabläufe müssen optimiert und Sitzungen der ehrenamtlichen Gremien gestrafft werden.
- Eine „gläserne“ Kommunalpolitik muss durch die Auslage oder den Aushang der öffentlichen Unterlagen nicht nur im Internet (hier bisher nur die Einladungen und Tagesordnungen der städtischen Gremien), sondern auch an geeigneten Orten, wie im Rathaus-Foyer, in Büchereien oder durch Schaukästen an Bushaltestellen gefördert werden.
- Die Aufsichtsratsmitglieder sowie die Führungspositionen der stadtnahen Gesellschaften sind nach öffentlichen Ausschreibungen und einem transparenten Entscheidungsverfahren zu besetzen. Das derzeitige Gemauschel sorgt dafür, dass Posten eher nach Parteibuch und nicht nach fachlicher Qualifikation vergeben werden.
- Wir setzen uns für unabhängige Anti-Korruptionsbeauftragte ein, um Korruption in der öffentlichen Verwaltung, z. B. bei der Auftragsvergabe, vorzubeugen.
- Die Ortsbeiräte brauchen mehr Kompetenzen. Sie müssen den Ausschüssen des Stadtrates gleichgestellt werden, um Projekte vor Ort realisieren zu können. Auch in der Bauleitplanung, im Verkehrsbereich sowie im Schul- und Kulturbereich müssen mehr Kompetenzen zu den Ortsbeiräten verlagert werden. Alle bisherigen Stadtratsfraktionen weigern sich seit Jahren beharrlich, diese Forderung zu erfüllen.
- Durch jährliche Bürgerversammlungen wollen wir die Identifikation der Bürger mit Ihrem Ortsteil stärken.
- In den Beiräten des Stadtrates (z. B. im Klimaschutzbeirat oder Psychiatriebeirat) sollen künftig auch mehr sachkundige Bürgerinnen und Bürger sitzen und nicht nur Interessenvertreter aus Verwaltung, Industrie und Parteien.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen des Lebens weiter voran gebracht wird. Wir drängen auf gleiche Bezahlung und gleiche Karrieremöglichkeiten für Frauen und Männer.
- Zur freien beruflichen Entwicklung müssen die Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen den Erfordernissen der erziehenden Mütter und Väter angepasst werden.
- Ein Jugendparlament muss in Mainz eingeführt werden, um die Jugend besser mit den Handlungsmöglichkeiten in der Demokratie vertraut zu machen.
- Wir fordern die Selbstbestimmung der Bevölkerung über den künftigen Status der AKK-Gemeinden. Eine Entscheidung zugunsten von Mainz würden wir begrüßen. Amöneburg, Kastel und Kostheim dürfen nicht länger Stiefkinder von Wiesbaden bleiben.
- Das „Mainzer Modell“ in Form von Kungeleien der vier Altparteien hat ausgedient. Wir brauchen zwar neue Formen der Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte im Stadtrat, um die Zukunftsprobleme zu bewäl-

tigen. Eine konstruktiv-kritische Opposition muss aber als Kontrollinstanz vorhanden sein. Eine große Koalition der Bequemlichkeit und absolute Mehrheiten müssen verhindert werden.

- Die Ausgliederung kommunaler Aufgaben und Verantwortlichkeiten in stadtnahe Gesellschaften führt vermehrt zu Intransparenz und Bürgerferne. Eine demokratische Kontrolle durch den Stadtrat und dessen Einflussnahme auf die Geschäftsführung sind beschränkt. Demokratische Mitwirkung durch die gewählten Vertreter des Stadtparlaments ist teilweise unmöglich bzw. wird verhindert. Selbst die Einflussnahme durch den Stadtvorstand wird im Einzelfall verhindert. Zu überlegen ist, ob das „Outsourcen“ dieser Aufgaben noch sinnvoll ist.
- Wir zielen auf neue, bürgernahe Schwerpunkte und Prioritäten. Der Bürgerwille muss mehr als bisher in den Fokus gelangen. Wir wollen den Bürgern ein größeres Mitspracherecht und bessere Mitgestaltungsmöglichkeiten einräumen.

B Prioritäten richtig setzen für den Wirtschaftsstandort und die Stadtentwicklung in Mainz

1. Gewerbeansiedlung

- Das Oberzentrum Mainz – dazu als Einkaufsstandort – muss weiter gestärkt werden, dabei besonders der inhabergeführte Einzelhandel. Das Zentrenkonzept muss an die heutigen Realitäten angepasst und weiterentwickelt werden. Die Innenstadt muss gestärkt und modernisiert werden. Das Monopol der Supermärkte am Stadtrand muss aufgebrochen werden.
- Wir setzen uns für aktive Förderung in der Wirtschaftsansiedlung ein. Rahmenbedingungen müssen weiter erheblich verbessert werden: Parktarife zu auslastungsarmen Zeiten wirtschaftlich vernünftig entwickeln, Stadteingänge aufwerten und gestalten, mehr Begrünung und Verweilzonen gestalten, Verlegung des Wochenmarktes weiter vermeiden, Auf- und Abbauzeiten bei Veranstaltungen beträchtlich reduzieren, Handwerk und Dienstleister bei lokalen Bauprojekten besonders berücksichtigen.
- Wir setzen uns für die Errichtung einer Mainzer Kongress- und Messeallianz unter Einbeziehung privater Anbieter ein, um den Standort beträchtlich zu stärken. Zur Erzielung von Einsparpotenzialen aus Synergieeffekten ist die Zusammenlegung von CCM und Touristik Centrale Mainz erforderlich.
- Wir wollen bei der CCM hierzu periodischen Marktvergleich mit Mitbewerbern, darin Angebot und Nachfrage bei einzelnen Veranstaltungsformaten.
- Wir befürworten den Ökologischen Wirtschaftspark Mainz-Süd einschließlich des Messeplatzes zwischen Hechtsheim und Ebersheim, damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Dieses Gewerbegebiet sollte durch eine Straßenbahntrasse und die Westumgehung Hechtsheim erschlossen werden. Vorrangig sind jedoch erst die freien Gewerbeflächen im alten Gewerbegebiet Mainz-Hechtsheim zu nutzen. Die geplante Süderweiterung des alten Gewerbegebietes würde eine wichtige Kaltluftschneise für Hechtsheim beeinträchtigen. Daher lehnen wir sie ab.
- In Zusammenarbeit mit der Universität und den Fachhochschulen sollte ein Wissenschaftspark eingerichtet werden, um kreative und innovative Arbeitsplätze zu schaffen.

- Wir bekennen uns zum Medienstandort Mainz. Dieser muss weiter ausgebaut und attraktiver gestaltet werden. Dabei genießt die Unterstützung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens und Rundfunks eine besondere Priorität. Wir schlagen die Errichtung einer Medienhochschule unter Einbeziehung der vorhandenen Ausbildungsmöglichkeiten in diesem Bereich vor.
- Einkaufsmärkte, Post und Banken gehören in alle Stadtteile. Briefkästen sind in ausreichendem Maße anzubieten.
- In der Innenstadt sollten die Einzelhändler in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsdezernat einen Zustellservice für die Kundinnen und Kunden aufbauen, damit diese den ÖPNV zum Einkaufen nutzen können. Ferner sollten in der City in Kaufhäusern Gepäckschließfächer eingerichtet werden. Den Gepäckbus an den Weihnachtswochenenden finden wir gut, er sollte aber für das gesamte Jahr verfügbar sein.
- Um die City attraktiver zu machen, müssen Grünflächen und Ruhezone sowie Treffpunkte mit Sitzmöglichkeiten geschaffen werden.

2. Stadtplanung

- In der Mainzer Stadtentwicklung sind in den vergangenen Jahren erhebliche Fehler gemacht worden, die unter anderem ihren Niederschlag im Flächennutzungsplan und zahlreichen Bebauungsplänen finden. Als Beispiel sei hier das geplante Fußballstadion in Bretzenheim als die „Spitze des Eisberges“ oder die Bebauung in Finthen-West genannt. Derzeit versucht die Stadt viele Planungsprojekte mit höchster Verdichtung und maximaler Ausnutzung der Bauflächen durchzudrücken. Die Projekte im Schlesischen Viertel, am Gonsenheimer Sand oder in Teilen der Oberstadt sind nur einige Beispiele.
- Wir wollen nicht die maximale Verdichtung, sondern Wohngebiete mit vielen Grünflächen. Wir müssen daher künftig versuchen, sparsamer mit den wertvollen Flächen unserer Stadt umzugehen. Zwischen möglichen Zielkonflikten müssen sachgerechte Kompromisse gefunden werden. Die Bauleitpläne sind so zu gestalten, dass möglichst wenig Fläche versiegelt wird und klare Vorgaben enthalten sind, die der Zersiedlung der Landschaft entgegenwirken. Alle brachliegenden Flächen sollen zuerst genutzt werden, bevor neue Flächen erschlossen und bebaut werden. Wir bevorzugen eine platzsparende Bauweise mit Gebäuden von zwei bis drei Stockwerken. Dabei sollte allen Bauprojekten nicht nur eine Familienfreundlichkeitsprüfung zugrunde liegen, sondern auch die Belange der Senioren und von Menschen mit Behinderungen sollten beachtet werden.
- Flächenverbrauch zu Lasten von Landwirtschaft und Natur muss vermieden werden.
- Wir müssen verhindern, dass unsere Stadt durch Prestigeprojekte in den finanziellen Ruin getrieben wird. Wir fordern darum den Erhalt des Stadions am Bruchweg. Dort wurden in den vergangenen Jahren bereits Millionenbeträge investiert. Ein neues Fußballstadion darf nicht mit öffentlichen Mitteln finanziert werden. Das Stadion am geplanten Standort Bretzenheim zerstört zudem ein wichtiges Gebiet für die Landwirtschaft, den Klimaschutz und die Erholung.
- Wir fordern ein effizientes Kosten- und Qualitätscontrolling bei Stadtverwaltung und stadtnahen Gesellschaften für die Bereiche der Stadtentwicklung, der Bauleitplanung und bei der Umsetzung von Bauprojekten. Stadtentwicklungspolitische Projekte sind aus Effizienzgründen in einer Gesellschaft zu bündeln.

- Wir fordern, dass die kleine bestehende Layenhof-Siedlung als „Waldsiedlung“ aufgewertet und die Infrastruktur (z. B. auch ein Jugendclub) für die dort lebenden Menschen und die Kulturinitiativen ausgebaut wird. Hinsichtlich des Flugplatzes ist der Status Quo zu erhalten – eine weitere Ausweitung der Flugbewegungen lehnen wir ab. Wir streben an diesem Standort eine sinnvolle gewerbliche Entwicklung in den vorhandenen Gebäuden an.
- In Mainz gibt es zahlreiche Baulücken. Diese sollten geschlossen werden. Planungskonzepte mit einer hochverdichteten Bauweise, wo die letzten Grünflächen in bereits bestehenden Wohngebieten bebaut werden, halten wir allerdings für fragwürdig und lehnen sie ab.
- Bei der Realisierung des neuen Baugebietes „Ma 15“ in Marienborn ist ebenso wie im übrigen Stadtteil Marienborn auf ausreichende Lärmschutzmaßnahmen zu achten. Die ausschließliche Verkehrsanbindung des neuen Wohngebiets über die Kardinal-von-Galen-Straße halten wir nicht für ausreichend.
- Der Zoll- und Binnenhafen in der Neustadt sollte für eine Mischnutzung aus Wohnen und Arbeiten ausgewiesen werden. Eine Luxuswohnbebauung sowie die Bebauung mit Hochhäusern lehnen wir ab, da sie uns für die Mehrzahl der Wohnungssuchenden in Mainz finanziell ohnehin nicht erschwinglich erscheint.
- Wenn der Bereich der GFZ-Kaserne von der Bundeswehr geräumt wird, sollte ein großer Teil dieses Areals als neues Zentrum der Oberstadt mit einer Ortsverwaltung, mit Grün- und Spielflächen sowie Geschäften und Handwerksbetrieben aufgewertet werden. Der Oberstadt fehlt bisher ein Zentrum mit Aufenthaltcharakter. Die Finanzierung soll durch Verkauf eines Teils der Fläche als Bauland gesichert werden.
- Viele Bewohnerinnen und Bewohner des Martin-Luther-King-Parks sind stark verunsichert, weil sie befürchten, dass durch Nachverdichtung der bisherige Charakter ihres Wohngebietes verloren geht. Zudem befürchten sie, dass durch weitere Bebauung der Verkehr zunimmt und die Parkplatzproblematik sich verschärft. Diese Bedenken nehmen wir sehr ernst. Darum setzen wir uns dafür ein, dass
 - die Wohnbau ihre Planungen frühzeitig mit den Bewohnern des King-Parks abstimmt und sie nicht – wie geschehen – vor vollendete Tatsachen stellt;
 - Spiel- und Freizeitflächen für die Kinder und Jugendlichen erhalten bleiben;
 - Ruhezonen (mit Sitzgelegenheiten für ältere Menschen) auch in Zukunft vorhanden sein werden;
 - die Versprechen von gestern auch heute noch für Verwaltung und Wohnbau gültig bleiben.
- Der Laubenheimer Longchampplatz als örtliches Begegnungszentrum muss aufgewertet werden. Dazu müssen Frei- und Spielflächen geschaffen werden. Wir schlagen außerdem vor, dass eine kleine Straußwirtschaft an diesem Platz geschaffen wird. Die Chance für den Longchampplatz, die durch den Abriss der alten Feuerwehr entsteht, darf nicht durch die Schaffung allein von Parkplätzen oder einer Wohnbebauung vergeben werden. Die Neue Mitte in Laubenheim muss ein Begegnungs- und Kommunikationszentrum werden.
- Der Spielplatz in der Alexander-Fleming-Straße muss dringend aufgewertet und modernisiert werden. Er hat eine wichtige Funktion für die Familien in Laubenheim-Ost.
- Wir fordern, dass zuerst die Bezirkssportanlage Mitte durch neue Trainingsplätze erweitert werden soll (mit substanzieller Beteiligung der katholischen Kirche) und erst dann die Stadt durch eine Bebauungsplanänderung die Nut-

zung des DJK-Geländes auf dem Hartenberg zur Wohnbebauung ermöglichen soll.

- Weitere stadtplanerische Entwicklungen sollen transparent und gemeinsam mit den Bürgern geplant werden: Zitadellengarten, im Einklang zwischen Natur- und Denkmalschutz; Rheinuferpromenade; Ernst-Ludwig-Platz/Regierungsviertel; Karmeliterplatz, Valencia-Platz und Goethestraße.
- Architektur darf futuristisch, weniger zeitgenössisch sein, damit auch durch moderne Baukunst neue Attraktion in unserer Stadt entsteht.
- Die Verschönerung der Stadt kann durch einen postmodernen Fassadenwettbewerb für Nachkriegsbauen erreicht werden. Das Stadtpanorama könnte durch den Wiederaufbau der ursprünglichen Türme von St. Emmeran und St. Christoph wiederhergestellt werden, sofern Sponsoren für diese Projekte gefunden werden können.
- Stadteingänge wie der Münsterplatz müssen städtebaulich aufgewertet werden.

3. Grünplanung

- Die Grünflächen in Mainz sind rar gesät. Es gilt darum, die weitere Vernichtung von Grünflächen, Bäumen und Sträuchern zu verhindern und neue Grünflächen zu schaffen. Wo immer die örtlichen Gegebenheiten es zulassen, sollten Straßenränder mit Bäumen bepflanzt werden. Wir wollen, dass regionale Grünzüge erhalten bleiben und nicht bebaut werden.
- Wir erwarten ein Sanierungsprogramm für Grünflächen, Park- und Gartenanlagen, dazu einen Zeit- und Kostenplan. Ziel ist die dauerhafte Sicherstellung des Unterhalts und der Pflege der Anlagen, der so genannten „weiteren Flächen“ sowie der definierten Kernflächen.
- Öffentliche Grünflächen sollen naturnah angelegt und gepflegt werden. Das bedeutet, vorwiegend einheimische, standortgerechte Pflanzen zu verwenden. Dies ist nicht nur pflegeleicht, sondern auch ökologisch (besonders für die bedrohte Tierwelt) wertvoll. Düngung, Pflanzenschutz und Winterschutz könnten so deutlich reduziert werden oder entfallen sogar ganz. Pflanzen sollten grundsätzlich mit ihrer arttypischen (End-)Wuchsgröße eingepflanzt und auch die Pflanzabstände so bemessen werden, dass später nicht oder kaum geschnitten werden muss.
- Damit korrespondierend fordern wir eine stärkere Begrünung am Jockel-Fuchs-Platz, Markt, Liebfrauenplatz und der Ludwigsstraße sowie die Wiederbegrünung des Gutenbergplatzes – gleiches gilt auch für Neubaugebiete. Bemühungen der Bürger sollten unterstützt werden.
- Wir lehnen Bestrebungen ab, am Schillerplatz die Begrünung und Blumenratten anderweitig umzugestalten und zu entfernen. Der Schillerplatz darf nicht zum Rummelplatz werden.

4. Kulturelles Leben in Mainz

Der kulturelle Reichtum einer Stadt zeigt sich nicht an den millionenschweren Aufwendungen für Prestigeprojekte, sondern an der Vielfältigkeit, dem Niveau und dem Maß der Beteiligung der Menschen am kulturellen Leben. Deshalb lehnen wir auch eine finanzielle Beteiligung der Stadt an den vom Land aufzubringenden Kosten ab. Bereits jetzt zahlt die Stadt jährlich mehr als 10 Millionen Euro an Zuschüssen (über 80 % der gesamten Zuweisungen im Kulturbereich) für das Staats-

theater, während Mittel für die übrigen Projekte weiter gekürzt wurden. Wir erwarten, dass das Land die Stadt Mainz bei den Ausgaben für das Staatstheater stärker entlastet.

ödp/Freie Wähler wollen die Mainzer Kultur möglichst breit fördern:

- Das historische Erbe muss erhalten und gepflegt werden. Mittelalter und Neuzeit sind gleichwertig neben der Römerzeit zu berücksichtigen. Besonders Stadtmauer, Holzturm und Eisenturm benötigen Finanzmittel und Konzepte.
- Der Erweiterungsbau für das Gutenberg-Museum ist überfällig.
- Das Zentrum Baukultur ist als weitere Attraktion in der Stadt zu betrachten. Es bedarf der Ansiedlung an einer auch für Touristen fußläufig erreichbaren Stelle in der Altstadt.
- Es bedarf der Weiterentwicklung von Nutzungskonzepten unter Beteiligung der Bürger: In das Kurfürstliche Schloss muss der fehlende große Konzertsaal integriert werden, nach dem Auszug der römischen Ausstellungsobjekte aus dem Landesmuseum muss neu geplant werden, neue Nutzungskonzepte für Eltzer Hof, Brückenturm und FH-Gebäude sind nötig.
- Wir erwarten eine Existenz- und Standortsicherheit für Kunst- und Kultureinrichtungen, Vereine und Initiativen: KUZ, Stadtkino CinéMayence.
- Wir begrüßen das neue Konzept der Direktion für das Naturhistorische Museum, das Bestandssicherung und Fortentwicklung erzielen kann.
- Wir setzen uns für ein Museum der Mainzer Geschichte unter Einbeziehung des Stadtarchivs und des seit langem diskutierten Fernsehmuseums ein. Der Förderverein „Stadthistorisches Museum“ muss in seinen Bemühungen, Räumlichkeiten für die Ausstellung seiner Sammlung von historischen Gegenständen zu finden, unterstützt werden. Aus Kostengründen soll die Nutzung derzeit leerstehender Gebäude für diese Zwecke geprüft werden.
- Wir freuen uns, dass die Phönixhalle durch Vertragsverlängerung weiter als Einrichtung für Kulturveranstaltungen zur Verfügung steht.
- Das „Römische Mainz“ muss im Rahmen des Tourismus gefördert werden. Auch das kulturelle Erbe unserer über 2000 Jahre alten Stadt ist eine Wirtschaftsbasis, auf der sich stärker aufbauen lässt.
- Mainz als Tourismusziel muss durch klare attraktive Ausschilderung, Stadtpläne am Hauptbahnhof, einen Infopavillon am Bahnhof und andere Maßnahmen besser gefördert werden. Das bisherige schlechte Management des Verkehrsvereins in der Selbstdarstellung von Mainz darf nicht so weitergehen.
- Wir wollen ein Bürgerhaus in der Neustadt. Der ideale Standort wäre die in den nächsten Jahren frei werdende ehemalige Kommissbrotbäckerei.
- Das Open-Ohr-Festival auf der Zitadelle sollte von der Stadt weiterhin nach besten Kräften finanziert und ideell sichergestellt werden. Es ist ein wichtiges Kulturereignis für die Jugend in Mainz und das Rhein-Main-Gebiet.
- Wir wollen mehr Geld für freie Kulturinitiativen und Fastnachtsvereine.

C Prioritäten richtig setzen für Energie, Umwelt und Verkehr

1. Energie- und Abfallpolitik

Nicht die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise ist auf Dauer das größte Problem, sondern die sich ausweitende Klimakatastrophe. Die bisherige Erderwärmung um 1 Grad hat bereits einen sich selbst verstärkenden Mechanismus in Gang gesetzt durch Freisetzung von Methan aus Permafrostböden und der Tief-

see. Jährlich blasen die Mainzer Schornsteine 2,9 Millionen Tonnen CO₂ in die Luft. Im Klima-Städtebündnis, dem Mainz angehört, haben wir uns verpflichtet, bis zum Jahre 2010 den CO₂-Ausstoß um 50 % zu senken. Daher sind nicht nur neue Energietechniken gefragt, sondern auch ein konsequentes Energiesparen. Das geplante Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue widerspricht diesem Ziel in eklatanter Weise. Dieses Projekt gefährdet aber nicht nur die Gesundheit der Menschen im Großraum Mainz/Wiesbaden, sondern auch die wirtschaftliche Existenz der Mainzer Stadtwerke AG sowie der Kraftwerke Mainz/Wiesbaden (KMW). Mainz ist als Mitglied des „Bündnisses für eine kohlefreie Region Mainz/Wiesbaden“ nunmehr verpflichtet andere Wege in der Energiepolitik zu gehen.

ödp/Freie Wähler stehen für eine nachhaltige Energiewende:

- Die Anwendung und der Einsatz von Windkraft, Wasserkraft, Solaranlagen, Biomasse und Geothermie seitens der Stadt Mainz ist leider bisher nur ein untergeordnetes Thema. Hinsichtlich der erneuerbaren Energiequellen müssen sich der Stadtvorstand und das Umweltdezernat offensiver für deren Nutzung einsetzen.
- Der Bau des Kohlekraftwerkes auf der Ingelheimer Aue mit der Unterstützung von SPD, FDP und Republikanern würde der Bevölkerung von Mainz großen Schaden zufügen. Das Erörterungsverfahren für die immissionsschutzrechtliche Genehmigung hat deutlich gezeigt, dass der Betrieb eines Kohlekraftwerkes zahlreiche Belastungen für die Gesundheit der Menschen, die Umwelt und das Landschaftsbild mit sich bringt.
- Die Aufstellung eines Bebauungsplanes auf der Ingelheimer Aue ist darum zwingend erforderlich. Nur so kann in Zukunft eine geordnete städtebauliche Entwicklung sichergestellt werden. Das geplante Kohlekraftwerk soll doppelt so hoch werden wie die umgebende Bebauung. Dies ist mit den Vorgaben des § 34 Baugesetzbuch unvereinbar.
- Die Klimaziele für Mainz würden nach dem Bau eines Kohlemeilers in weite Ferne rücken. Das geplante Kohlekraftwerk hätte einen enormen CO₂-Ausstoß, der es Mainz unmöglich machen würde, diese Vorgaben einzuhalten. Wir unterstützen daher auch ein bundesweites Verbot für den Neubau von Kohlekraftwerken.
- Schon vor wenigen Jahren wurde ein modernes GuD-Kraftwerk gebaut, um die Versorgung der Städte Mainz und Wiesbaden zu sichern. Dieses Gaskraftwerk zu erhalten und wenn möglich effizient umzurüsten, ist unser mittelfristiges Ziel. Langfristig liegt die Zukunft bei alternativen Energiequellen.
- Diese Möglichkeit, das GuD-Kraftwerk zu erhalten, haben bisher weder die Stadt, noch die Stadtwerke und die KMW durch ein Wirtschaftlichkeitsgutachten widerlegt. Wir sind überzeugt, dass es allemal preiswerter ist, Gas für das bestehende GuD-Kraftwerk zu jetzigen Preisen einzukaufen, als rund eine Milliarde Euro zuzüglich Zinsen zum Bau eines energiepolitisch nicht zukunftsfähigen Kohlekraftwerks in die Hand zu nehmen. Ein Kohlekraftwerk ist zudem mit unkalkulierbaren wirtschaftlichen Risiken verbunden, die sich unter anderem aus den Kosten für CO₂-Zertifikate, Einkaufspreisen für Kohle und dem Stromverkaufspreis ergeben.
- Die bisher im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Flächen für Windkraftwerke im Raum Ebersheim sind nicht ausreichend. Es müssen weitere umwelt- und landschaftsverträgliche Standorte ausgewiesen werden. Dazu haben wir ein entsprechendes Konzept vorgelegt.

- Der schnelle Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung in Blockheizkraftwerken (BHKW) durch Erweiterung des Fern- und Nahwärmeheizungsnetzes muss in Mainz vorangetrieben werden. Deshalb sollten Neubaugebiete nur mit Fernwärmeheizungen aus Kraft-Wärme-Kopplung geplant werden. Auch die Mainzer Neustadt könnte die Abwärme des Mainzer Industriegebietes nutzen (z. B. von Schott Glaswerke).
- Für ganz Mainz sollte die Abwärme aus einem Biogas-Kraftwerk auf der Ingelheimer Aue genutzt werden. Besonders im Sommer sollte das Warmwasser in Mainz nicht über Strom, sondern über Wärmetauscher aus der Abwärme erzeugt werden.
- Auf dem Lerchenberg sind formale und wirtschaftliche Hindernisse für Solaranlagen zu beseitigen. Nirgendwo in der Stadt darf es ein Solarverbot geben.
- Die Einrichtung einer Energieagentur zur Umsetzung des Mainzer Energiesparprogramms muss möglichst bald erfolgen. Die Klimaschutzstiftung der Stadtwerke ist lediglich ein ökologisches Feigenblatt.
- Im Rahmen des Mainzer Energiekonzeptes müssen die Investitionen zur Modernisierung der Gebäude sowie zur Erneuerung der Heizungsanlagen verbessert werden. Laut Energiebericht 2001 der Gebäudewirtschaft Mainz verbrauchen viele öffentliche Gebäude (Schulen, Sporthallen, Rathaus) in Mainz zu viel Heizenergie, aber auch zu viel Wasser und Strom.
- Weitere bauphysikalische Maßnahmen, wie etwa eine verbesserte Wärmedämmung, die Wärmeregulierung, die Wärmerückgewinnung und die Heiztechnik in öffentlichen Gebäuden, müssen in Mainz gleichermaßen umgesetzt werden.
- Die Arbeit des Klimaschutzbeirates in Mainz muss enger mit der Arbeit des Stadtrates und des Bauausschusses verzahnt werden und der Klimaschutzbeirat muss gleichermaßen mehr Kompetenzen erhalten. Die jetzige Mitwirkungsmöglichkeit des Klimaschutzbeirates, bei Investitionen von 50.000 Euro jährlich mitzureden, kann nur ein erster Schritt sein.
- Auch der städtische Fuhrpark muss umgerüstet werden durch die Anschaffung von schadstoff- und verbrauchsarmen Fahrzeugen, Car-Sharing für Dezernenten und den Einsatz von Fahrradkurieren im städtischen Auftrag. Dazu brauchen wir ein verändertes Nutzungsverhalten bei Dienstgängen und Dienstreisen (Dienstfahrräder, Car-Sharing, kein kostenloses Parken für Stadträte im Rathaus-Parkhaus).
- Alle städtischen Gebäude sollen ökologisch saniert werden.
- Im Beschaffungswesen muss auf Produkte, deren Herstellung, Gebrauch und Entsorgung sehr energieaufwendig ist, verzichtet werden.
- Die verbrauchsfördernde Verordnung zum Energiewirtschaftsgesetz ist zu ändern, die Grund- und Zählergebühren sind abzusenken und eine entsprechende Erhöhung der Verbrauchsgebühr bei den Stromtarifen durch Einflussnahme der Stadt Mainz ist durchzusetzen. Wir fordern den Abbau des täglichen und jährlichen Stromverbrauchs zu Spitzenlastzeiten durch den Abschluss entsprechender Verträge mit Industrie und Gewerbe, um das vorgeschriebene Überlastangebot der Energieversorgungsunternehmen zu reduzieren.
- Die Müllvermeidung hat höchste Priorität. Ein Verzicht auf schadstoffhaltige Produkte bzw. Stoffe bereits bei der Produktion oder ein Ersatz umweltverträglicher Alternativen trägt zur Schadstoffvermeidung bei. Wir streben eine Abfallwirtschaft an, die zuallererst auf Vermeidung von Abfällen abzielt.
- Zur Lösung der Windel-Müll-Problematik vieler Eltern ist ein Stoffwindel-Dienst zu unterstützen, und die Aufstellung von Windeltonnen oder Abholung von Windelsäcken, wie in anderen Kommunen üblich, sind auf Wunsch einzuführen.

- Die Nutzung von Mülltonnen als Werbeträger wie z. B. in der niederrheinischen Stadt Willich ist zu überprüfen. Mit dieser Möglichkeit können die privaten Kunden ihre Müllgebühren reduzieren.

2. Umwelt – Naturschutz – Landwirtschaft

- In Rheinland-Pfalz sind 33 % der Bäume den Waldschadensklassen 2-4 zuzuordnen. Auch die Bäume des Lennebergwaldes und des Ober-Olmer Waldes weisen Waldschäden auf. Neben allen kommunalen Bemühungen zur Reduzierung von Schadstoffen müssen zusätzliche Flächen zur Aufforstung bereitgestellt werden.
- Ziel der Grün- und Naturschutzplanung muss sein, 15 % der un bebauten Fläche in Mainz unter Schutz zu stellen und durch Renaturierungsmaßnahmen aufzuwerten. Die Unterschutzstellung des Finther Höllenberges als Naturschutzgebiet begrüßen wir ausdrücklich. Dabei sollte aber darauf geachtet werden, dass der Naturschutz mit und nicht gegen die Menschen betrieben wird. Wir wollen einen zweiten Mainzer „Grüngürtel“ und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass ein Flora-Fauna-Habitat-(FFH-)Gebiet vom Ober-Olmer Wald über den Flugplatz, Höllenberg, mittels grüner Brücken über die Autobahn, Gonsenheimer Wald, Uhlerborner Weiher bis zum Rheinufer entstehen kann.
- Öffentliche Grünflächen sollen nach den Grundsätzen der naturnahen Gartengestaltung bepflanzt werden, um einen wirksamen Beitrag zum Artenschutz zu leisten. Damit werden Naturerlebnisräume in der Stadt geschaffen und der städtische Haushalt kann von Pflanz- und Pflegemaßnahmen entlastet werden.
- Das Naturschutzgebiet Mainzer Sand muss besser geschützt werden, um z. B. seltene Pflanzen wie die Sandlotwurz (einziger Standort in Deutschland) zu schützen. Wir fordern die Freigabe des Mainzer Sands durch das amerikanische Militär.
- Ein städtischer Lärm-Minderungsplan nach § 47a Bundesimmissionsschutzgesetz soll erstellt bzw. fortgeschrieben und umgesetzt werden, um die Bürgerinnen und Bürger vor gesundheitsschädigendem Lärm zu schützen. Im Lärm-Minderungsplan soll zur Umsetzung durch die Verwaltung verbindlich vorgeschrieben werden, Vorhaben im Verkehrs- und Gewerbebereich nur noch dann zu genehmigen, wenn dabei das heutige Lärmniveau oder ein Beurteilungspegel von 65 dB(A) und nachts von 45 dB(A) deutlich unterschritten wird.
- In der Frage der Geruchsbelästigung aus dem Mainzer Industriegebiet wollen wir in einem offensiven Dialog mit den verantwortlichen Unternehmen zu einer nachhaltigen Lösung kommen. Es sollten alle technischen Möglichkeiten ausgenutzt werden, das Geruchsproblem dauerhaft zu beseitigen. Es ist nicht akzeptabel, dass so wie bisher zu beliebigen Zeiten Zehntausende Mainzer und Wiesbadener Bürger durch Gerüche belästigt werden, auch wenn diese möglicherweise nicht gesundheitsgefährdend sind.
- Die Geruchsbelästigungen durch das Humuswerk in Essenheim müssen ein dauerhaftes Ende haben. Hier wäre ein Biogaskraftwerk die Lösung.
- Mainz muss gentechnikfreie Zone werden. Alle landwirtschaftlichen Grundbesitzer (private Landwirte, Land, Kommunen, kirchliche und andere Körperschaften) werden aufgefordert, einen rechtsverbindlichen Vertrag zum Verzicht auf die Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen abzuschließen.

- Sämtliche Agrarflächen in Mainz müssen erhalten bleiben. Sie sollen ökologisch vernetzt werden, und zwar auch mit dem Mainzer Umland.
- Die landwirtschaftlichen Betriebe sollen für Leistungen im Rahmen des Naturschutzes, der ökologischen Vernetzung und der Biotop-Pflege entlohnt werden.
- Die anerkannte kontrolliert integrierte Landwirtschaft, vor allem aber die ökologische Landwirtschaft sollen besser gefördert werden.
- Wir befürworten den Aufbau eines Erzeuger-Verbraucher-Rings bzw. Werbung für zusätzliche Ab-Hof-Verkaufsangebote für landwirtschaftliche Produkte.
- Regenerative Energiequellen im Agrarbereich sind kommunal zu fördern: Wir wollen die Unterstützung von Initiativen und Landwirten, die sich mit Biogas, Biomasse und Riesen-Chinaschilf (C4-Pflanzen) beschäftigen und Versuchsflächen anlegen. Schilfgras kann beispielsweise in Biomasse-Heizkraftwerken CO₂-neutral verfeuert oder als Isolier- und Verpackungsmaterial verwendet werden.
- Dem Flächenverbrauch zu Lasten der Landwirtschaft muss Einhalt geboten werden.
- In Fortsetzung der Grünbrücke soll eine Brücke bis zur Petersaue gebaut werden für Freizeit und Erholung.

3. Verkehrspolitik

Ausgehend von den Ergebnissen der UNO-Konferenz in Rio im Jahre 1992 wollen wir eine nachhaltige Verkehrspolitik. Wir wollen den Widerspruch zwischen den heutigen wirtschaftlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Ansprüchen an die Mobilität und einer nachhaltigen Entwicklung der Verkehrspolitik aufheben.

Die Prognosen über den Verkehrszuwachs werden ständig übertroffen. Gleichzeitig erwartet die Politik eine Reduzierung von verkehrsbedingten Schadstoffemissionen und durchschlagende Erfolge bei kommunalen und regionalen Verkehrskonzepten. Dies ist unrealistisch.

Wir setzen auf eine realistische und nachhaltige Verkehrspolitik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert:

- Eine wirksame Wirtschafts- und Finanzpolitik setzt ein überproportionales Wachstum der Transportmittel voraus. Erhalt und nachhaltige, sozial- und umweltverträgliche Verbesserung der individuellen Gütermobilität sind Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Politik.
- In Bezug auf die Individualmobilität führt kein Weg an einer erheblichen qualitativen und quantitativen Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) vorbei. Der ÖPNV ist eine tragende Säule der Daseinsvorsorge.
- Der Bevölkerung müssen ausreichende, akzeptable Alternativen zur Nutzung des eigenen Autos geboten werden.
- Die Alternativen zum eigenen Auto sind ein gut erreichbarer Fuhrpark geeigneter Mietfahrzeuge für die gelegentliche Nutzung, jede Form des Mitfahrens, ein gut erreichbarer, sauberer und sicherer ÖPNV, das Fahrrad und schließlich die Möglichkeit, zu Fuß zu gehen.
- In der Stadtverwaltung soll eine neue Personalstelle für einen Mobilitätsmanager in Mainz geschaffen werden. Er soll dafür sorgen, dass die Verkehrsarten des Umweltverbundes (ÖPNV, Fahrrad, eigene Füße) gestärkt werden und die für diese Verkehrsmittel vorhandene Infrastruktur instand gehalten und erweitert wird.

- Wir wollen den Auf- bzw. Ausbau eines Stadtbahnnetzes für den Bereich des Verkehrsverbundes Mainz-Wiesbaden. So könnte die geplante Stadtbahn von Wiesbaden über Mainz-Kastel weiter über die Theodor-Heuss-Brücke und Große Bleiche mitten in die Mainzer City fahren. Eine Verlängerung der Trasse über Hauptbahnhof-West, Saarstraße/Universität und weitere Anbindung an die „Rheinessenbahn“ würde unsere Zustimmung finden. Dabei könnten dann Marienborn, Nieder-Olm und Alzey an das neue Stadtbahnnetz angeschlossen werden. Auch die Trassenoption Höfchen sollte geprüft werden. Auf den nicht elektrifizierten Strecken könnten Hybrid-Stadtbahnwagen fahren, die sowohl elektrisch als auch mit alternativen Treibstoffen betrieben werden. Dadurch könnten fallweise Kosten beim Ausbau der nötigen Trassen eingespart werden. Es müssen außerdem die Bahnhöfe Römisches Theater (Mainz Süd), Marienborn, Gonsenheim und Laubenheim aufgewertet werden. Ferner fordern wir die Wiedereröffnung des Haltepunkts Weisenau.
- Wir sind für die Einführung eines Rhein-Main-Nahe-Tickets.
- Zur besseren Verknüpfung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) mit dem ÖPNV sind die Planungen für einen Haltepunkt „Schott Glas“ unverzüglich wieder aufzunehmen. Die seit Jahren vorliegenden Gutachten haben den Sinn des Projekts belegt. Zahlreiche ökologisch und ökonomisch bedenkliche „Umwegfahrten“ über den Mainzer Hauptbahnhof würden vermieden.
- Die Bahn hat durch ihre Fehlplanungen, ausschließlich einen Bahnsteig in der Marienborner Achardstraße zu bauen, eine erhebliche und unnötige Lärmbelästigung für die Anwohner verursacht. Gleichzeitig hat sie Marienborn vom Rheinland-Pfalz-Takt abgehängt. Wir fordern, dass der Bahnsteig am alten Bahnhofsgebäude auch zukünftig genutzt wird. Damit kann Marienborn im Stundentakt in beide Richtungen angebunden und der Lärm für die Anwohner reduziert werden.
- Zur Optimierung des Straßenbahnnetzes in Mainz befürworten wir die Verlängerung der Straßenbahn von Hechtsheim zum geplanten Messegelände sowie zum geplanten Wirtschaftspark Mainz-Süd, sobald die Fläche in ausreichendem Umfang kommerziell genutzt wird.
- Es sollte geprüft werden, inwieweit der Takt der Campuslinie 69 noch verdichtet werden kann.
- Um den zukunftssträchtigen Ausbau der Straßenbahn in ein Stadtbahnssystem zu ermöglichen, soll bei allen künftigen Neu- und Umbaumaßnahmen am Schienenweg die Option für eine Umspurung von Meter- auf Normalspur (Spurweite der Deutsche Bahn AG) offen gehalten werden. Mögliche Trassen für eine weitergehende Systemverknüpfung sind in der Bauleitplanung zu berücksichtigen (z. B. Saarstraße, Haltepunkt Waggonfabrik, Schott Glas, Hauptbahnhof Gleis 13, Winterhafen, Haltepunkt Weisenau, Bahnhof Laubenheim).
- Wo möglich befürworten wir den Bau von weiteren Busspuren und den Einbau von elektronischen Ampelvorrangschaltungen.
- Wir unterstützen die Optimierung des Bussystems gemäß den Vorgaben des Nahverkehrsplans, insbesondere die Realisierung einer Buslinie durch den Hechtsheimer Ortskern (Hechtsheimer Gewerbegebiet - Ortskern Hechtsheim - Frankenhöhe - Weisenau) und einer Ringbuslinie für das gesamte Mainzer Stadtgebiet.
- Die Busfahrpläne in Mainz müssen besser auf das S-Bahn-System im Rhein-Main-Gebiet sowie auf die DB-Verbindungen abgestimmt werden.

- Im Sinne der Nachhaltigkeit ist der Einsatz regenerativer Energieträger (z. B. Wasserstoff) im Busverkehr zu forcieren. Brennstoffzellen und alternative Treibstoffe können hierbei einen wesentlichen Beitrag leisten.
- Ein halbseitiger Autobahnanschluss an der Römerquelle, der sich nur in Richtung Frankfurt/Wiesbaden orientiert, ist ein wesentlicher Lösungsansatz zur Entlastung des innerörtlichen Verkehrs in Finthen. Von Bingen kommend soll eine Abfahrt nicht möglich sein: Eine Abkürzung des morgendlichen Staus auf der A60 durch Finthen wird dadurch vermieden. Der innerörtliche Verkehr über Waldthausen- und Poststraße wird dadurch erheblich entlastet. Weniger Lärm und weniger Abgase wären das Ergebnis.
- Den Ausbau der A 643 zu Lasten des Lennebergwaldes lehnen wir ab. Für Finthen, Gonsenheim und Mombach sind effektive, umweltverträgliche Lärmschutzmaßnahmen im Bereich der A 643 und der A 60 zu schaffen.
- Die geplante Südumgehung Finthen ist überflüssig. Diese Umgehungsstraße durch bestes Ackerland entlastet die Kurmainzstraße nicht vom Durchgangsverkehr, denn rund 70 % des Verkehrs stammen aus Finthen. Das bisher als besonders wertvoll und sensibel eingestufte Aubachtal würde durch die ortsnahe Trasse als Ausgleichsfläche in Zukunft wegfallen. Auch Überlegungen einer Ostumgehung Hechtsheim oder die geplante Nordumgehung Ebersheim werden ablehnend bis kritisch bewertet.
- Die Schließung der Straße zum „Pffaffenstein“ würde den Ortskern von Marienborn vom Durchgangsverkehr entlasten. Verkehrszählungen haben ergeben, dass durch den Bau der Querspange zwischen Ausfahrt Klein-Winterheim und Lerchenberger Kreisel der Durchgangsverkehr in Marienborn reduziert wurde, nicht aber der Durchgangsverkehr auf der Achse Altkönigstraße/Am Haidenkeller/Im Borner Grund.
- Wir fordern die Umsetzung eines schlüssigen Konzeptes für eine autoarme Innenstadt mit nachvollziehbaren Ausnahmeregelungen für Gewerbetreibende, Behinderte usw. Siehe auch das schon lange existierende Konzept einer autofreien Innenstadt in Bologna.
- Wir wollen einen weiteren konsequenten, umweltverträglichen Ausbau des Radwegenetzes. Einige Ausbauvorschläge seien hier ohne Anspruch auf Vollständigkeit genannt: Kaiserstraße, Große Langgasse, Turnvater-Jahn-Straße in Bretzenheim, K13 auf der Laubenheimer Höhe.
- Grundsätzlich wollen wir für höherwertige Fahrräder eine Abstellmöglichkeit am Hauptbahnhof. Wir sind für eine kostengünstige Lösung, z. B. einen gesicherten Fahrradparkplatz unter der Hochstraße betreut von ASM-Mitarbeitern. Auch sollten die bestehenden Abstellmöglichkeiten am Nordzugang (in der Nähe des Taxi-Stands) deutlich verbessert werden. Im Stadtgebiet sollen ausreichend Fahrradständer – eventuell finanziert durch Sponsoren – aufgestellt werden.
- Die Kaiserstraße muss vor Rasern u. a. durch Geschwindigkeitsbegrenzungen, Fußgängerüberwegen an jeder Nebenstraße und den Anschluss an das Radwegenetz gesichert werden. Auch auf den „Rennstrecken“ Rheinstraße und Rheinallee bis Kaiser-Karl-Ring ist der Verkehr zu beruhigen.
- In Mainz brauchen wir mehr fußgängerfreundliche Straßenführungen, Ampelschaltungen und kurze direkte Wege.
- Die Beibehaltung der flächenhaften Verkehrsberuhigung mit Tempo 30 oder 40, je nach Erfordernis, ist aus Verkehrssicherheitsgründen nötig. Hauptverkehrsstraßen müssen dabei, wo erforderlich, mit einbezogen werden. Auch Straßenabschnitte nahe von Schulen und Kindergärten sind zu beruhigen, wo dies nicht schon geschehen ist. Leider fehlen hier die notwendigen Kontrollen.

Deshalb wollen wir die Anschaffung und den verstärkten Einsatz von Messgeräten zur visuellen Geschwindigkeitskontrolle.

- Der Schwerlastverkehr ist besonders aus den engen Ortskernen der Vororte herauszuhalten.
- Wir setzen uns für den Bau von kleineren Park-and-Ride-Anlagen in den größeren Gemeinden Rheinhessens und entlang von Bahnlinien zur Entlastung des Mainzer Stadtverkehrs ein. Dabei sollen Park-and-Bike-Systeme (Vorbild Niederlande) berücksichtigt werden. Hier muss es eine effektivere Zusammenarbeit mit den Landkreisen Mainz-Bingen und Alzey-Worms geben. Besonders günstig ist der Bau von überdachten und individuell abschließbaren P&B-Plätzen. Für einen Radius von 5-7 km um Bus- und Bahnstationen bringt das eine deutliche Entlastung der Umwelt und benötigt nur ein Zwölftel der Fläche und ein Fünftel bis ein Achtel der Investitionskosten. Gleichzeitig sollten Park-and-Ride-Anlagen in Weisenau und im Bereich des Lerchenberger Kreiseis geschaffen werden.
- Wir wollen Car-Sharing-Initiativen in allen Mainzer Stadtteilen.
- Die Parksituation in den Stadtteilen soll im Sinne der Anwohner ortsspezifisch gelöst werden. Wir wollen, dass Anwohner in ihren Gebieten kostenfrei parken dürfen. Grundsätzlich muss gewährleistet sein, dass auch für Besucher, Handwerker und Kunden eine befristete Parkmöglichkeit geboten wird.
- Die Einführung der Parkscheibenregelung in den Stadtteilen befürworten wir, und zwar dort, wo es sinnvoll ist und von den Ortsbeiräten gewünscht wird.
- Wir fordern ein striktes Nachtflugverbot in der Zeit von 22:00 Uhr bis 6:00 Uhr. Der Fluglärm über Mainz ist effektiv zu reduzieren. Wir befürworten die Besteuerung des Kerosins.

D Prioritäten richtig setzen für Soziales und Bildung

1. Schul- und Bildungspolitik

Die Schullandschaft in Mainz ist seit einigen Jahren im Wandel. So wurde in Mainz eine Schule für Hochbegabtenförderung eingerichtet – angegliedert an das Gymnasium in Gonsenheim. Auch in Mainz wurden G-8-Gymnasien eingerichtet. Außerdem hat die Landesregierung von Rheinland-Pfalz beschlossen, die Haupt- und Realschulen abzuschaffen und an ihrer Stelle zukünftig Realschulen Plus einzurichten. Der Stadtrat hat im letzten Jahr die Grundlage dafür geschaffen, in Mainz insgesamt sechs Schulen dieses neuen Typs einzurichten, davon eine in Kooperation mit dem Landkreis Mainz-Bingen (Mombach-Budenheim).

Eine große Herausforderung war und wird es wohl bleiben, auf die veränderten Schülerströme angemessen zu reagieren. Die Einrichtung einer dritten IGS und eines neuen Gymnasiums, beginnend im Schuljahr 2009/2010, ist ein erster und wichtiger Schritt. Weitere Schritte könnten sich in den nächsten Jahren noch als notwendig erweisen – z. B. eine weitere IGS.

Mindestens seit zehn Jahren hat die Stadt versäumt, durch kontinuierliche Investitionen in die Bausubstanz und die schulische Infrastruktur die Ausstattung der Schulen den Erfordernissen anzupassen. Manche Gebäude sind derart marode, dass Unterricht unter unzumutbaren und gesundheitsgefährdenden Bedingungen durchgeführt wird. Vielerorts ist nur durch Hilfe von außen (Sponsoren) oder durch die Tätigkeit von Elternvertretungen und Fördervereinen ein noch schlimmerer Zustand bei der Ausstattung

der Schulen verhindert worden. Das Konjunkturprogramm II bringt hier hoffentlich erste Verbesserungen.

Wir setzen uns dafür ein, den Kindern unserer Stadt unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer familiären Situation gleiche Startchancen für eine gelingende Zukunft zu bieten. Dazu gehört auch, mittelfristig ein ausreichendes Ganztagsangebot in allen Schulformen vorzuhalten.

a) Für die vorschulischen Einrichtungen und Grundschulen

- Die Vorbereitung der Kinder in den Kindertagesstätten auf die Schulzeit muss verbessert werden. Wir begrüßen, dass Kindertagesstätten zukünftig verstärkt Bildungsaufgaben wahrnehmen. Die Bemühungen der Landesregierung, den Kindergartenbesuch kostenlos anzubieten, sind hierbei ein richtiger Schritt, um möglichst viele Kinder in die Tagesstätten zu führen. Zusätzlich müssen die kommunalen und freien Träger der Kinderbetreuungseinrichtungen die Eltern in ihrem Einzugsbereich aber durch verstärkte Informationen dafür gewinnen, diese Chancen für ihre Kinder auch zu nutzen.
- Die Sprachförderung muss für alle Kinder vor der Einschulung konsequenter und früher als bisher betrieben werden. Hierzu ist es notwendig, zunächst durch Tests bei ausländischen wie auch deutschen Kindern die Sprachkompetenz in der deutschen Sprache vor der Aufnahme in den Kindergarten festzustellen. Die Sprachförderung soll dann gezielt an den Fähigkeiten der Kinder ansetzen und sie bis zur Einschulung auf ein für die Bewältigung der schulischen Anforderungen geeignetes Niveau führen.
- Der muttersprachliche Unterricht für ausländische Schülerinnen und Schüler sollte als Zusatzangebot wo immer möglich ausgebaut werden, um die Sprachkompetenz in den Muttersprachen zu erhalten, auszubauen und zu festigen.
- Die Betreuung in den Grundschulen muss deutlich personell besser ausgestattet werden, um auch an den Nachmittagen eine sinnvolle Beschäftigung für die Schülerinnen und Schüler anbieten zu können. Dazu gehören z. B. neben einer fachlich qualifizierten Hausaufgabenbetreuung auch Veranstaltungen, die das im Unterricht gelernte Wissen in für die Kinder erlebbare Bereiche übertragen.
- In der Grundschule sollten vermehrt Modelle erprobt werden, wie in altersübergreifenden Strukturen der Unterricht gestaltet werden kann. So könnte die Sozialkompetenz aller Schüler verbessert werden, was sich auch auf das Schulklima positiv auswirkt. Eine weitere Möglichkeit ist der vermehrte Einsatz von Projektunterricht.
- Wir wünschen uns eine Betreuung durch jeweils zwei Lehrkräfte in zwei Klassenräumen, um parallel zum laufenden Unterricht eine individuelle Förderung bestimmter Schüler zu gewährleisten. Modellversuche hierfür sollen durch das Land verstärkt gefördert und als Dauereinrichtung angeboten werden.
- Die Grundschulen müssen in die Lage versetzt werden, die ihnen von der Grundstruktur obliegende Aufgabe zu erfüllen: Die Schülerinnen und Schüler auf die nächste Stufe der Ausbildung – den mittleren Schulabschluss und/oder die Ausbildungsreife – ausreichend vorzubereiten.

b) Für die Realschulen Plus (bzw. für die Übergangszeit in den weiter bestehenden Bildungsgängen von Haupt- und Realschule)

- Die Chancen, die sich mit der Neustrukturierung der Schullandschaft eröffnen, dürfen nicht leichtfertig verspielt werden. Deshalb ist es notwendig, die neuen

Realschulen Plus personell und materiell ausreichend auszustatten. Dies lässt sich am besten mit der integrativen Form erreichen.

- Die neuen Lehrerkollegien müssen Zeit haben, sich in die veränderten Anforderungen des neuen Schulsystems einzufinden und durch Fortbildung die Qualität der schulischen Ausbildung zu verbessern. Hierfür sollten in die Lehrpläne genügend zeitliche Puffer in Form von ausreichend Vertretungskräften eingebaut werden.
- In den Schulen muss eine engere Verzahnung von Theorie und Praxis stattfinden. Hierbei sollten die Schulen verstärkt Kooperationen mit örtlichen Ausbildungsbetrieben eingehen, um den Schülerinnen und Schülern durch das Angebot von Betriebspraktika frühzeitig einen Einblick in das Arbeitsleben zu ermöglichen.
- Das Prinzip des altersübergreifenden Lernens sollte erprobt werden. Geeignet hierfür wären gemeinsame Arbeitsgemeinschaften, fächerübergreifende Angebote oder auch Neigungskurse, die von Schülern aus unterschiedlichen Klassenstufen im Nachmittagsbereich besucht werden könnten.
- Es sollte die Möglichkeit geben, den muttersprachlichen Unterricht aus der Grundschule weiter zu betreiben. Hierbei sollte auf die vorhandene Kompetenz in den einzelnen Familien zurückgegriffen werden.

c) Für die Gesamtschulen und die Gymnasien

- Die Einführung der G-8-Gymnasien ist in der jetzigen Form eine Fehlentwicklung. Die Erfahrung zeigt, dass die Schüler bei gleicher Lehrerzahl und ähnlichen Stoffinhalten überfordert sind. Gleichzeitig bleibt deutlich weniger Zeit für eine individuelle Förderung. Der erhoffte Zeitgewinn bleibt fraglich.
- Gymnasien und Gesamtschulen bilden in der Mehrheit die zukünftigen Studierenden an den Fachhochschulen und Universitäten aus. Für diese Aufgabe müssen sie fachlich und personell besser als bisher ausgestattet werden. Es kann nicht sein, dass kein ausreichender Physik-, Chemie- oder Biologieunterricht erteilt werden kann, weil die Ausstattung der Fachräume mangelhaft ist oder diese Räume für fachfremden Unterricht zweckentfremdet werden.
- Unter Berücksichtigung der Schülerzahlen sollte den Schulen generell wieder erlaubt werden, Schülerinnen und Schüler aus den angrenzenden AKK-Gemeinden sowie benachbarten hessischen Kommunen aufzunehmen. Die Erfahrungen waren über Jahrzehnte hinweg positiv und sollten nicht leichtfertig rein finanziellen Überlegungen untergeordnet werden.
- Die räumliche Ausstattung sollte bei Überkapazitäten durch Anmietung weiterer Räumlichkeiten zeitlich befristet aufgestockt werden (z. B. Rabanus-Maurus-Gymnasium), wenn dadurch die Unterrichtsversorgung verbessert werden kann.
- Es sollte auch berücksichtigt werden, ob sich aus der Anzahl der Aufnahmeklassen Probleme für den weiteren Fortgang der Schullaufbahn ergeben können. Es muss gewährleistet sein, dass auch in den Oberstufen noch genügend Schülerinnen und Schüler da sind, um ein differenziertes Kursangebot aufrechterhalten zu können.
- Gegebenenfalls müsste über eine Neuverteilung der Klassen auf die einzelnen Gymnasien nachgedacht werden, oder einzelne Schulen mit besonderem Profil müssten einen vorgezogenen Aufnahmetermin anbieten dürfen.

d) Für die Berufsschulen

- Es ist dringend notwendig, die seit langer Zeit vernachlässigten Sanierungen durchzuführen. Besonders die

Ausstattung mit Fachräumen und die Ausstattung mit für die Ausbildung notwendigen Maschinen muss dringend verbessert werden. Hierbei sollte noch stärker als bisher die Kooperation mit den Ausbildungsbetrieben der Region angestrebt werden.

- Die Stadt Mainz muss dringend mit dem Landkreis Mainz-Bingen Verhandlungen aufnehmen mit dem Ziel, eine angemessene Beteiligung an den Fahrtkosten für die Berufsschüler zu erreichen. Immerhin kommen ca. 65 % dieser Schüler aus dem Umland und nur ca. 35 % aus der Stadt Mainz.

e) **Generell für alle Schultypen**

- „Mens sana in corpore sano“, dieser Grundsatz war schon bei den Römern bekannt und geschätzt. Gesundheit und körperliches Wohlbefinden sind gemäß diesem Grundsatz für die geistige Leistungsfähigkeit unverzichtbare Voraussetzung. Deshalb ist es dringend notwendig, die katastrophale Situation im Schulsport schnellstmöglich zu verbessern. Es kann nicht sein, dass z. B. in der Berufsschule bis zu 70 % des Sportunterrichts ausfallen oder die Schülerinnen und Schüler von anderen Schulen unzumutbar lange Wege zurücklegen müssen, um zum Sportunterricht zu kommen.
- Die Schulen müssen sich mehr als bisher Gedanken darüber machen, welche Schulkultur und Identität sie nach außen vermitteln wollen. Lehrerkollegien, Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern sollen sich mit „ihrer“ Schule identifizieren können. Schulmannschaften und kulturelle Neigungsgruppen stärken die Identifikation und Leistungsmotivation.
- Wir unterstützen die Forderung nach mehr Demokratie in der Schule, z. B. bei der Festlegung der Reihenfolge der Lehrplaninhalte und durch Schulversammlungen am Jahresanfang.
- Die Zusammensetzung des Schulträgerausschusses muss transparenter werden. Ein geeignetes Wahlverfahren muss entwickelt werden, damit alle in Mainz vertretenen Schularten prozentual vertreten sind. Die Sachkenntnis des Schulträgerausschusses des Stadtrates sollte bei allen Fragen, die die Schulen betreffen, mehr als bisher genutzt werden. Besonders gilt dies für die Verteilung der finanziellen Mittel an die einzelnen Schulen oder bestimmte organisatorische Fragen (z. B. gemeinsamer Internetzugang). Hierfür ist Voraussetzung, dass die Kommunikation zwischen Verwaltung und Schulträgerausschuss sich deutlich verbessert.
- Die Entscheidungsfreiheit der Eltern über die Schullaufbahn ihrer Kinder ist ein wichtiges Gut. Sie soll erhalten bleiben. Es sollte allerdings nach Wegen gesucht werden, wie frühzeitiger als bisher der Elternwille beim Übergang von der Grundschule zu den weiterführenden Schulen in Erfahrung gebracht werden kann.
- Im letzten Jahr wurde die Chance nicht genutzt, mit dem Landkreis Mainz-Bingen einen gemeinsamen Schulentwicklungsplan aufzustellen. Dies sollte zukünftig geschehen, um rechtzeitig steuernd eingreifen zu können und chaotische Zustände, wie es sie im Jahre 2008 bei der Verteilung der Schüler gegeben hat, schon vorab zu vermeiden oder abzumildern. Eventuell ließe sich eine solche Abstimmung auch auf die angrenzenden hessischen Kommunen ausweiten.
- Um die Qualität des Unterrichtes zu verbessern, plädieren wir für ein Managementtraining für Schulleiter und Videotraining für Lehrkräfte. Jede Schule sollte außerdem zwei Sozialarbeiter und einen Schulpsychologen haben.

- Für Kinder, die unter Legasthenie oder Dyskalkulie leiden, sollen innerhalb und außerhalb der Schulen zusätzliche kostenfreie Förderangebote vorgehalten werden.

Es wurde schon betont, dass sich die Schullandschaft im Wandel befindet. Wandel bedeutet dabei immer sowohl Unsicherheit als auch Chance zum Neuanfang. Bevor jetzt neue Forderungen (z. B. nach einer 4. IGS) gestellt werden, sollte zunächst dem Neuen die Gelegenheit gegeben werden, sich zu entwickeln und die Erfahrungen zu machen, die notwendig sind, um Korrekturen – wo immer nötig – vorzunehmen.

Der Bildungsauftrag wird am besten erfüllt mit individueller Förderung von der Kinderkrippe bis zur Universität. Eines ist für ödp/Freie Wähler dabei das wichtigste Kriterium: Dass alle am „System Schule“ beteiligten Menschen, Begeisterung für das gemeinsame Lernen entwickeln und die Lust daran, Neues zu erfahren, nie verlieren.

2. Familien – Kinder – Jugend – Senioren

Wir sehen in der nach wie vor anhaltenden Familien- und Kinderfeindlichkeit in allen Bereichen unserer Gesellschaft einen unhaltbaren Zustand. Trotz gegenteiliger Behauptungen des Stadtvorstandes macht sich diese Einstellung z. B. in der Verkehrsplanung oder durch zu wenige Beratungsstellen bemerkbar. Wir treten deshalb auch für kommunale Maßnahmen ein, die die Entscheidung der Eltern für Kinder erleichtern und unterstützen.

Wir wollen das soziale Netz ausbauen:

- Zur Verzahnung mit allen Politikfeldern wollen wir die Einführung von kommunalen Familienbeiräten. Die Aufgaben des Familienbeirats sind die Prüfung der Familienverträglichkeit bei kommunalen Planungen, Maßnahmen, Dienstleistungsangeboten, familienorientierten Aktionen und Veranstaltungen sowie die Erstellung eines städtischen Familienberichts.
- Familienpässe für kinderreiche Familien können die wirtschaftliche Benachteiligung zumindest mildern. Daher soll in Mainz eine „Familienkarte“ eingeführt werden, damit öffentliche Einrichtungen von kinderreichen Familien kostenlos oder verbilligt genutzt werden können. Auch die Einführung einer Lobby-Card (Sozialpass) für sozial Schwache nach dem Ulmer Vorbild sollte geprüft werden.
- Bei der Vergabe von knappem Bauland sind Familien zu bevorzugen. Der Grundstückskaufpreis sollte entsprechend der Zahl der Kinder ermäßigt werden – auch noch nach dem Kauf, wenn weitere Kinder geboren werden.
- Ab dem dritten Kind sollen die Familien eine einmalige Zuwendung von 2000 Euro erhalten. Beim Kauf oder Bau einer selbstgenutzten Wohnimmobilie soll diese Zuwendung auf 6000 Euro verdreifacht werden. Die maximalen Kosten dieser Maßnahme würden nach einigen Jahren nicht mehr als eine Million Euro betragen. Wir erhoffen uns von dieser Maßnahme unter anderem einen verstärkten Zuzug von Familien mit Kindern nach Mainz, um dem demografischen Wandel in unserer Stadt zu begegnen.
- Wohnraum für studentische Familien sollte in und an der Universität gefördert werden, um einen frühen Kinderwunsch zu unterstützen. Regelstudienzeiten und Stipendien sollen pro Kind verlängert werden.

- Die durch die städtische Mittelkürzung erzwungene Schließung bzw. Reduzierung von sozialen Beratungsstellen kirchlicher und freier Träger muss rückgängig gemacht werden. Es kann nicht sein, dass Pflichtleistungen der Stadt für sozial benachteiligte Menschen nach Kassenlage entschieden
- ~~Die~~ Aufgaben gemäß Kinder- und Jugendhilfegesetz müssen sorgfältig ausgeführt werden. Dazu zählen z. B. die Erziehungsberatung, Tagespflege sowie die stationäre Jugendhilfe (Heimerziehung).
- Wir setzen uns für die rechtzeitige Schaffung einer ausreichenden Zahl an Kitaplätzen ein. Dies bedeutet, dass alle Eltern in Wohnortnähe einen Kitaplatz ab dem Zeitpunkt bekommen, zu dem sie es wünschen – und dies auch ganztags und unabhängig vom Alter der Kinder. Dies wurde in Mainz bisher versäumt. Ein Ausbau der Zahl der Kitaplätze darf nicht mit einem gleichzeitigen Abbau der Ganztagsplätze einhergehen, wie dies derzeit der Fall ist.
- Der Bau der noch ausstehenden und der Ausbau der vorhandenen Kinderkrippen und Kindergärten zu Kindertagesstätten hat Priorität bei den städtischen Ausgaben und Maßnahmen. Lücken in der Versorgung einzelner Stadtteile sind zu schließen.
- Die Einrichtung von weiteren Wald- und Naturkindergärten sollte geprüft werden.
- Die Untersuchung der Kindertagesstätten und Kindergärten auf so genannte Wohngifte muss regelmäßig erfolgen.
- Unsere Kindergärten und Kindertagesstätten sind wegen des viel zu geringen Personalschlüssels eher „Bewahranstalten“. Den zu Recht geforderten Bildungsauftrag können sie so nicht erfüllen. Wir schließen uns den Forderungen der OECD an: Mindestens zwei Erzieher/-innen je 12 Kinder ab dem 2. Lebensjahr. Mindestens zwei Erzieher/-innen je 15 Kinder ab dem 3. Lebensjahr. Mindestens 50 Prozent akademisch ausgebildete Erzieher/-innen pro Einrichtung. Durch diese Erhöhung des Betreuungsschlüssels kann gewalttätiges Verhalten besser verhindert werden.
- Hochbegabte Kinder sollen bereits in den Kitas speziell gefördert werden, damit Hochbegabung nicht zu einer Behinderung wird. Behinderte Kinder sollen integrativ gefördert werden.
- Der Haushaltstitel „Kinder- und jugendgerechte Stadt“ ist eines der Stiefkinder der Sozialpolitik. Es kann nicht angehen, dass die schwächsten Glieder unserer Gesellschaft, unsere Kinder, benachteiligt werden. Gerade in der Mainzer Innenstadt fehlt es an Grünflächen, Bolzplätzen u. ä. für Kinder und Jugendliche.
- Wir müssen den Jugendlichen sinnvolle und attraktive Freizeitbeschäftigungen in der Stadt und der freien Natur bieten. Ein Mittel dazu sind mehr Spiel- und Sportstätten für Jugendliche auch im Innenstadtbereich. Diese müssen bei Bedarf von Streetworkern betreut werden. Wichtig sind auch der Erhalt der Jugendzentren sowie deren Ausstattung mit angemessenen Finanzmitteln und ausreichendem Personal, damit sie ihrer Arbeit auch nachkommen können.
- Wir setzen uns ein für selbstverwaltete Jugendzentren, in denen Jugendliche selbst Verantwortung übernehmen und Demokratie erleben können, um so den radikalen politischen Strömungen Einhalt zu gebieten.
- Das ehrenamtliche Engagement ist zu unterstützen, da es Generationen zusammenbringt und den Gemeinschaftssinn fördert.
- Wir unterstützen das Projekt „Alt und Jung gemeinsam wohnen“ (Mehrgenerationenhaus) und fordern die Stadtverwaltung auf, bei der Suche von geeignetem Wohnraum behilflich zu sein.

- Die Medien werden aufgefordert, häufiger und offensiver über die Probleme und Nöte alter Menschen zu berichten, vor allem auch über die Arbeit des Seniorenbeirats.
- Die Qualitätsstandards in den Mainzer Alten- und Pflegeheimen müssen überwacht und, wo nötig, verbessert werden.
- Weitere Streichungen finanzieller Mittel im sozialen Bereich dürfen nicht vorgenommen werden.
- Die Hartz-IV-Sätze sind zu gering. Solange hier keine Verbesserung greift, müssen wir kommunal fördern. Wir bitten die Mainzer Lebensmitteleinzelhändler und Discounter um Unterstützung der Mainzer Tafel. Das Realeinkommen der Sozialhilfe- und Hartz-IV-Empfänger sowie Geringverdiener und Kleinrentner könnte dadurch monatlich um fast 100 Euro pro Kopf erhöht werden.
- Die Mittel der sozialen Stadt werden im Wesentlichen für bauliche Verbesserungen eingesetzt. Personalkosten werden nicht dauerhaft finanziert. Auf dem Lerchenberg hat die Stadt Mainz mit dem Gustav-Mahler-Viertel einen sozialen Brennpunkt geschaffen. Es fehlen bisher Sozialarbeiter in ausreichender Zahl, wir erwarten mindestens drei zusätzliche Sozialarbeiter, um die Betreuung der mehr als 400 Kinder und Jugendlichen zu sichern. Frei werdende Sozialwohnungen könnten entwidmet und als Eigentumswohnungen angeboten werden, um eine Entschärfung der aktuellen Situation zu erreichen.

3. Universität

In der Mainzer Universität ist eine Abenduniversität einzurichten für Berufstätige und Werkstudenten. Dadurch kann die Zahl der Akademiker erhöht werden, die in Deutschland besonders niedrig ist. Die Abenduniversität verursacht keine Kosten für Neubauten, da die vorhandenen Räumlichkeiten fast doppelt benutzt werden können. Die finanziellen Anreize für pensionierte Professoren (Emeriti) sollen erhöht werden, damit deren Wissenspotenzial genutzt werden kann und für die Gesellschaft nicht verloren geht.

4. Offensive für Sozialhilfe- und Hartz-IV-Empfänger, Geringverdiener, Langzeitarbeitslose und Auszubildende

Die Leistungen der Sozialhilfe werden von den Parteien in Bund, Ländern und Kommunen zunehmend als Einsparmöglichkeit ins Gespräch gebracht. Mit Kürzungen und verstärkten Kontrollen soll der Anreiz zur Arbeitsaufnahme gestärkt und der Leistungsmissbrauch bekämpft werden. Wir wollen, dass nicht nur die Folgen, sondern auch die Ursachen für den Bezug von Sozialleistungen stärker als bisher in den Blickpunkt der Maßnahmen gerückt werden.

Auch in Mainz sind viele Bürgerinnen und Bürger von Arbeitslosigkeit betroffen oder müssen angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise täglich damit rechnen, ihre Arbeitsstelle zu verlieren. Immer mehr Menschen sind auf staatliche Mittel angewiesen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Aufgrund der schlechten Wirtschaftslage besteht zumindest kurzfristig für den Großteil der Arbeitslosen keine Aussicht, eine neue Stelle zu finden.

Wir erwarten von der Stadt Mainz, dass sie sich der Aufgabe stellt, dabei mitzuwirken, die Zahl der arbeitslosen Mainzerinnen und Mainzer nachhaltig und dauerhaft zu

verringern. Das Beispiel des Mainzer Job-Centers zeigt, dass es noch großes Verbesserungspotenzial gibt.

- Freie Stellen zu finden und diese an die Arbeitslosen zu vermitteln, ist primär immer noch Aufgabe der Bundesagentur für Arbeit (früher: Arbeitsamt). Dies entlastet die Kommunen aber nicht von der Verpflichtung, ihren Teil dazu beizutragen, neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden. Hierzu können die Städte ihre Kontakte zur lokalen Industrie, dem Handwerk und dem Einzelhandel nutzen. Ziel muss es sein, dass alle zur Verfügung stehenden freien Stellen auch tatsächlich den Arbeitssuchenden angeboten werden. Ein besonderer Schwerpunkt der städtischen Bemühungen muss darauf gerichtet sein, die Jugendarbeitslosigkeit nachhaltig zu verringern. Hierzu sollen die Stadt und die stadtnahen Gesellschaften z. B. auch über Bedarf ausbilden.
- Durch die Neuordnung der Auszahlung von finanziellen Hilfen an Empfänger sozialer Leistungen, wie wir sie schon über Jahre gefordert haben, wurde die Verfügbarkeit neu gestaltet. Diese Praxis ist auch für die Zukunft beizubehalten. Die neuen Möglichkeiten, die „Hartz IV“ bietet, sollen von der Stadt offensiv genutzt werden, um auch Sozialhilfe- und Hartz-IV-Empfänger möglichst wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Gleichwohl soll aber auch das Ausnutzen der Solidargemeinschaft durch Einzelne rigoros bekämpft werden. Wer keine zumutbare Arbeit annimmt, dem muss die Solidarität der Allgemeinheit ganz oder für eine bestimmte Dauer entzogen werden.
- Besonders jugendliche Arbeitslose, die trotz der vorgeschlagenen Maßnahmen keine Stelle erhalten, sollten in städtischen Beschäftigungsgesellschaften Arbeit finden. Hierbei geht es vor allem darum, den Arbeitslosen eine sinnvolle, motivierende Tätigkeit anzubieten, die vor allem auch physische, psychische und soziale Probleme, die die Arbeitslosigkeit mit sich bringen kann, verhindert. Gleichzeitig könnte hierdurch der Wiedereinstieg in eine reguläre Beschäftigung deutlich erleichtert werden. Außerdem wird sich dadurch die Zahl der Hartz-IV-Antragsteller erfahrungsgemäß verringern.
- Mit der Vorgabe der Einstellung von Langzeitarbeitslosen, der Ausbildung von Jugendlichen und der Weiterbildung von ungelernten Arbeitskräften sollten HWK und IHK und alle größeren Unternehmen zu einem runden Tisch zusammengerufen werden, und jeder sollte zu der Problemlösung beitragen.
- Im Rahmen eines funktionierenden Sozialpakts sollte der Gewerbesteuerhebesatz gesenkt werden. Die Großunternehmen bestimmen mit ihrem Engagement maßgeblich das Ausmaß der Senkung. Er befindet sich derzeit in Mainz auf dem höchsten Niveau aller Städte in Rheinland-Pfalz. Kleinbetriebe und Mittelstand werden durch eine Senkung gestärkt, dies wiederum kommt dem Arbeitsmarkt zugute. Damit würde die Stadt entlastet (Sozialausgaben). Ein geringerer Gewerbesteuerhebesatz verbessert als unmittelbarer Kostenfaktor die Konkurrenzfähigkeit der in Mainz ansässigen Unternehmen und ist ein positives Signal an ansiedlungswillige Unternehmen.
- Die Arbeitsagentur und der Bund bieten derzeit eine Reihe von Förderungsmaßnahmen an, die Unternehmen bei Einstellung von Langzeitarbeitslosen in Anspruch nehmen können. Insbesondere Klein- und Mittelbetriebe sollten umfassend und gezielt über die Möglichkeiten und die Auswirkungen informiert werden. Dazu gehört auch der Aufbau eines Gründerzentrums mit zeitlich befristeten günstigen Büro-, Lagerhallen- und Produktionshallenmieten für Unternehmensgründer im Bereich Neue Medien und im Umweltschutz sowie in enger Kooperation mit den Hochschulen in Mainz. Darüber hinaus müssen freie Stellen auch im Regionalfernsehen bekannt gegeben werden. Das Wirt-

schaftsdezernat soll zum Dezernat für Arbeit und Wirtschaft umorganisiert werden.

- Die Zahl der Arbeitslosen stagniert in den letzten Jahren auch in Mainz auf hohem Niveau und wird durch die Wirtschaftskrise möglicherweise dramatisch ansteigen. Diese Entwicklung wird unter anderem durch erheblichen Stellenabbau im Rhein-Main-Gebiet beschleunigt. Daher ist es dringend erforderlich, das Konzept zur aktiven Gewerbeneuansiedlung weiter zu entwickeln:
 - Hierbei muss für Neuansiedlungen ein attraktives Starterpaket für interessierte Firmen geschnürt werden.
 - Es müssen mittelständische Unternehmen in zukunftssträchtigen Bereichen gewonnen werden, zum Beispiel im Bereich der Umwelttechnologien oder im Ökobereich.

Aus diesem Sozialpakt ergeben sich weitere wichtige, nicht in Geld messbare Effekte:

- Das Selbstwertgefühl von Langzeitarbeitslosen und ihren Familien wird gesteigert, da die Selbstachtung und ihre Stellung in der Gesellschaft erheblich aufgewertet werden. Negativen Auswirkungen der Langzeitarbeitslosigkeit kann durch Reintegration in die Gesellschaft entgegengewirkt werden.
- Langzeitarbeitslosen wird durch die Wiedereingliederung ermöglicht, dem Teufelskreis von Sozialbezügen zu entkommen, da sie nun die Chance erhalten, die benötigten Leistungsansprüche für die Rente zu erwerben und aktiv zu ihrer Altersvorsorge beizutragen. Außerdem entlasten neue Beitragszahler das heutige soziale Sicherungssystem.
- Die Durchführung des Sozialpaktes als offenes Konzept stellt das Zusammengehörigkeitsgefühl der Gemeinschaft und die Eigenverantwortung jedes Einzelnen auf ein neues Fundament. Dies kann die Grundlage für weitere integrierbare Ideen und Projekte (Teilzeittätigkeit etc.) werden, und dies alles ohne große finanzielle und personelle Belastungen für die Stadt.

Wir bitten alle demokratischen Parteien des Stadtrates, mit uns gemeinsam möglichst schnell eine Entscheidung für eine aktive kommunale Arbeitsmarktpolitik zu treffen. Die Diskussion über die Sozialbezüge und die betroffenen Menschen sollte unserer Auffassung nach objektiv und kritisch geführt werden und sich klar von Stammtischparolen und Standpunkten radikaler politischer Gruppierungen distanzieren. Unsere moralische Verantwortung verlangt eine stärkere Berücksichtigung der Ursachen. Wenn die Ursachen für den Bezug von Sozialleistungen erkannt sind, müssen entsprechende Maßnahmen wie Fort- und Ausbildungen oder auch Therapien ergriffen werden. Die „Soziale Marktwirtschaft“ und die demokratische Grundordnung unseres Landes erfordern eine sozial verantwortliche Politik, die nicht nur von Bund und Ländern eingefordert werden darf, sondern der sich mehr als bisher auch die Kommunen stellen müssen.

E Prioritäten richtig setzen für ein lebenswertes Mainz

1. Sport und Gesundheit

Unser Lebensraum Rhein-Main stellt als Ballungsgebiet eine gesundheitliche Dauerbelastung dar. Eigenverantwortlichkeit und bewusste Lebensführung stoßen an ihre Grenzen. Dies zeigt der alarmierende Anstieg chronischer



Atemwegserkrankungen, Allergien und psychosomatischer Leiden. Neben den biologischen Faktoren (negative Umwelteinflüsse) sind auch psychische und soziale Aspekte, die zu einer Erkrankung führen, unübersehbar (wie beispielsweise Arbeitslosigkeit, Konfliktstress im Wohn-, Verkehrs- und Freizeitbereich).

Die kommunale Gesundheits- und Sportpolitik ist für uns ein wichtiges Handlungsfeld:

- Lärm belastet die Gesundheit. Neben Lärmvermeidung und Lärmschutzmaßnahmen ist es deshalb besonders wichtig Naherholungsgebiete zu erhalten und neue zu schaffen. Erholungssuchenden muss die Möglichkeit der Regeneration vor der Haustür gegeben sein. Naturschutz, Stadtbiotope und der naturnahe Ausbau von Naherholungsflächen wie z. B. dem Stadtpark und der Rheinuferzone sind wichtig. In Mainz fehlen saubere Gewässer wie z. B. Badeseen.
- Die Kommune sollte die Förderung von Bildungsangeboten zur bewussten Lebensführung zu den Themen Ernährung, Freizeitgestaltung, biologisches Bauen und Alternativmedizin intensivieren. Die „Mainzer Gesundheitstage“ sollten daher jährlich stattfinden.
- Die Situation der öffentlichen Toiletten ist mangelhaft.
- Hundekot ist ein ungelöstes Hygieneproblem. Die Hundesteuer muss verstärkt zu Vermeidungs- und Aufklärungskampagnen verwendet werden. Bleiben die Hundehalter uneinsichtig, muss die Hundesatzung verschärft werden (Bußgelder, hundefreie Zonen auf Naherholungswegen und Spielwiesen oder gar in der Fußgängerzone). In den Innenstadt-Bezirken sollten ferner „Hundetoiletten“ eingerichtet werden, wo die Hunde ihr „Geschäft“ erledigen können.
- Vollwertige und regionale Nahrungsmittel müssen in Einrichtungen kommunaler Trägerschaft, wie z. B. Schulen, Mensen und Kantinen, angeboten werden.
- Wir wollen einen gesundheitsverträglichen Mobilfunk mit niedrigen Strahlungswerten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt ein Konzept erstellt, mit dem die Standortfrage für Mobilfunkanlagen sinnvoll gelöst wird. Ziel ist es, die Menschen weitgehend vor elektromagnetischen Emissionen zu schützen. Durch Offenlegung aller Informationen soll die Sensibilisierung der Bevölkerung für die Gefahren des Elektrosmogs erhöht werden.
- Eine breite Vielfalt von Gesundheitsinitiativen und Selbsthilfegruppen existiert in Mainz. Deren Erhalt gilt es organisatorisch und finanziell auch in Zukunft abzusichern.
- Der Erhalt und Ausbau der ambulanten Serviceleistungen und der sozialen mobilen Dienste (Notruf, Transport, Essen auf Rädern, Behindertenfahrdienste) muss sichergestellt werden. Die entsprechenden Organisationen (z. B. DRK, Caritas) sollten in ihrem Leistungsangebot und ihrer Struktur überschaubar sein.
- Pflegeberufe müssen besser bezahlt werden und Überlastungen abgebaut werden.
- Das barrierefreie und behindertenfreundliche Bauen gemäß der Landesbauordnung Rheinland-Pfalz muss in der Stadtplanung konsequent umgesetzt werden. Dies betrifft vor allem öffentliche Gebäude in Mainz (Problembeispiele Staatstheater Mainz, Ortsverwaltungen). Wir wollen außerdem den ebenerdigen Umbau der Straßenbahnhaltestellen „Kurmainz-Kaserne“ (Hechtsheim) und „An der Bruchspitze“ (Gonsenheim) und einen behindertengerechten Aufzug im Bahnhof Römisches Theater.

- Grundsätzlich soll der ehrenamtliche Breiten- und Jugendsport Vorrang vor dem Profisport haben. Dringend erforderlich ist daher die Sanierung der Mainzer Sportanlagen.
- Um Geld zu sparen, sehen wir vom herkömmlichen Norm-Sportstättenbau ab und bevorzugen Mehrzweck-Anlagen mit variabler Ausstattung (mobile Tore, Netze, weitere Ballspiele auf Tennisplätzen), die auch freies kreatives Spielen ermöglichen und andere Nutzungsoptionen offen halten.
- Wir unterstützen die Erweiterung und Sanierung der Kultur- bzw. Sporthalle in Marienborn und den Bau der Finther Sporthalle.
- Die fehlenden Sport- und Schwimmbadkapazitäten für Schülerinnen und Schüler sind bei den Sportplanungen ebenso zu berücksichtigen.
- Das derzeitige Angebot in den Schwimmbädern ist unzureichend. Statt aber die Lösung nur in privaten Schwimmerlebnisparks zu sehen, brauchen wir eine kinder- und familienfreundliche Umgestaltung des bestehenden Mombacher Bades. Dauernutzer (Vereine, Schulen, Senioren) erwarten einfache, aber moderne und funktionelle Standards, u.a. mit Sonnenenergienutzung und sozialverträglichen Eintrittspreisen.
- Wir wollen den Erhalt der Eissporthalle am Bruchweg unter Berücksichtigung konkretisierter Erweiterungsplanungen beim Stadion.
- Die Öffnung der Sportstätten ist stärker auch für Nichtorganisierte zu ermöglichen. Durch die Einführung eines Mainzer Sporttickets in Absprache mit den Sportvereinen wäre dies möglich. Dies ermöglicht den Nichtorganisierten bzw. den Vielfachinteressierten in Form einer Abonnement-Berechtigungskarte die unterschiedlichen Sporteinrichtungen in Mainz zu nutzen und somit die Bandbreite des Mainzer Sportlebens kennen zu lernen.

2. Sicherheit und Sauberkeit

Mit den steigenden Kriminalitätsraten verstehen wir die zunehmenden Sorgen der Bevölkerung. Hier hilft jedoch keine Panikmache von rechten und linken politischen Scharfmachern. Nur nüchterne Überlegungen zu den Ursachen und zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität bringen uns weiter. Wir wollen auf kommunaler Ebene handeln.

- Der Kriminalpräventivrat darf nicht nur ein Diskussionsforum sein, sondern die konkreten Vorschläge dieses Gremiums müssen geprüft und umgesetzt werden.
- Die Zusammenarbeit zwischen dem Kriminal- und Bezirksdienst sowie den Ortsbeiräten hat sich bewährt und muss weiter intensiviert werden.
- Der Präventivarbeit gegen Jugendkriminalität muss besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden, wie dies z. B. mit der „AG Jaguar“ in Wiesbaden bereits erfolgreich praktiziert wird.
- Neben dem Stellenausbau bei der Polizei im Bereich Verbrechensbekämpfung (Raub, Wohnungseinbrüche, Rauschgift) wollen wir auch einen Stellenausbau im Bereich der Umweltpolizei.
- Die Bildung von Drogenumschlagplätzen muss sofort unterbunden werden (vor allem die „Haschwiese“ am Stadthaus, auf den Schulhöfen und in Discos).
- Ein Präventionsteam auf Fahrrädern für mehr Sicherheit auf den Straßen und Parkplätzen sowie den Grünanlagen sollte organisiert werden (Beispiel Darmstadt).
- Hartz-IV-Empfänger sollen verstärkt für städtische Aufgaben eingesetzt werden. Eine Einsatzmöglichkeit

wären Kontrollgänge in der Stadt, um Schäden an öffentlichen Einrichtungen umgehend zu beseitigen bzw. zu kontrollieren, ob solche durch Vandalismus eingetreten sind.

- Die Straßenreinigung in Mainz muss dort effektiver werden, wo sie für die Allgemeinheit handelt. Sie muss aber dort nicht zum Einsatz kommen, wo die Bürgerinnen und Bürger selbst die Straßen kehren wollen (Lerchenberg). Hier muss die Verwaltung auf die Wünsche der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner eingehen.
- Wir wollen, dass das Angebot an Festen in Mainz kritisch überprüft und neu konzipiert wird. Denn einerseits haben sich viele Angebote zu reinen kommerziellen Events mit zu lauter Musik entwickelt, andererseits geht teilweise sehr viel sonstiger Lärm von diesen Festen aus – darunter leiden die Anwohnerinnen und Anwohner. Außerdem führt das Überangebot dazu, dass vielfach die Feste kaum noch besucht werden. Darunter leiden vor allem die Kerbeveranstaltungen in den Stadtteilen.

3. Kommunale Tierschutzarbeit

Im kommunalen Bereich wollen wir aktive Tierschutzpolitik betreiben.

- Ein ehrenamtlicher kommunaler Tierschutzbeauftragter innerhalb des Umweltdezernates ist einzusetzen. Dieser soll Werbung und Bewusstseinsbildung in Form von Kampagnen und Seminaren für Industrie, Gewerbe, Universität, Landwirte, interessierte Bürgerinnen und Bürger abhalten. Dort sollen Alternativmethoden zu Tierversuchen und zur Massentierhaltung aufgezeigt werden.
- Ein externes Gutachten über die städtische Tierhaltung im Stadtpark und im Wildpark (Gonsenheim) soll eine konsequente artgerechte Haltung sicherstellen und für die Besucher eine verbesserte, am Tier orientierte didaktische Begleitung ermöglichen. Wir wollen die Einstellung von Tierpflegern (im Augenblick werden die Tiere durch Gärtner betreut).
- Ein Havarieplan bei Unfällen mit Tiertransporten soll in Zusammenarbeit mit Polizei, Feuerwehr und anderen betroffenen Einrichtungen erstellt werden.
- Die Hundesteuer in Mainz darf aus sozialen Gründen nicht erhöht werden. Die örtlichen Tierheime sollten dadurch unterstützt werden, dass für aus Tierheimen übernommene Hunde für mindestens ein Jahr keine Hundesteuer erhoben wird, wie dies zum Beispiel in Wiesbaden und Kaiserslautern der Fall ist.
- Der Tierhandel soll durch entsprechend qualifiziertes Personal der Gewerbeaufsicht angemessen kontrolliert werden.